

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Musik top – Rest hopp

Leipziger streiten um ihre Kultur

Seite 4

■ Billigangebot aus Schkeuditz

Kulturamts-Konflikt zwischen Schriftsteller Preuß
und Bürgermeister Enke

Seite 5

■ Schaf oder Wolf im Schafsfell?

Leseprobe mit brisanten Quellenfunden zu
Robert Havemann.

Seiten 8/9

■ Als „nobody“ Behrend zuschlug

... wurde er vor genau 50 Jahren erster Box-Olympiasieger der DDR. Klaus Huhn erinnert sich gerne. Und weil er sich vornehmlich mit Sport befasst, sagt er nichts zu zu Axel Schulz' Kampf. Seite 13

24

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
1. Dezember

www.
leipzigs-
neue.de

Strafanzeige gegen Merkel und Jung



LN. Der Aachener Friedenspreis e. V. hat am 15. November dieses Jahres Strafanzeige beim Generalbundesanwalt gegen die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und den Bundesminister für Verteidigung Dr. Franz-Josef Jung wegen Vorbereitung von Angriffskriegen gestellt.

Die ausführliche Begründung der Kläger stützt sich auf das im Oktober vom Bundeskabinett verabschiedete Sicherheits-Weißbuch. Es misst der Bundeswehr „die Rolle einer weltweit einzusetzenden und präventiv tätigen Interventionsarmee“ zu und verstößt somit sowohl gegen die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht als auch gegen die UN-Charta und das Völkerrecht.

Auch die „materielle Unterstützung der Bundeswehr mit den entsprechenden Waffensystemen und Transportmitteln“, so die Kläger, diene der Vorbereitung von Angriffskriegen. Das Weißbuch löst sich fast völlig vom bisherigen Verteidigungsbegriff und spricht sich für Militäreinsätze aus, ohne dass vorher ein Angriff auf das eigene Territorium stattfand. Der Verteidigungsfall aber ist laut Grundgesetz als ein drohender oder gegenwärtiger Angriff mit *Waffengewalt* definiert.

DEUTSCHE SOLDATEN MÜSSEN TÖTEN LERNEN



Werbefoto: www.bundeswehr.de

Ab sofort wird scharf geschossen

Die Zielsetzungen aus dem neuen „Sicherheits-Weißbuch“ können und mögen, wie die Kläger des Aachener Friedenspreises betonen, „politisch verfolgt werden. Sie dürfen jedoch nicht als Legitimation für kriegerische Interventionen dienen. ... Der im Weißbuch wiederholt gewählte Begriff ‚Kampfeinsätze höher (bzw. höchster) Intensität‘ ist lediglich eine verharmlosende Umschreibung für etwas ganz Eindeutiges, nämlich Krieg.“ Für das Weißbuch ist Friede kein Thema:

„... In Teilen Afrikas und Asiens wird die politische und gesellschaftliche Stabilität ... immer wieder durch Versorgungs- und Verteilungsprobleme beeinträchtigt. Die Auswirkungen von Klimaveränderungen können diese Effekte noch verstärken. Wirtschaftliche und ökologische Faktoren – häufig gesteigert durch Ineffizienz und Korruption bis auf Regierungsebene – bilden Ursachen für politische Spannungen. Staatsversagen sowie eine unkontrollierte Migration können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und die internationale Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen.“ (S. 21)

„(Deutschland) ist in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und gesicherten Transportwegen in globalem Maßstab abhängig und auf funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen. Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Störungen der weltweiten Kommunikation bleiben ... nicht ohne Auswirkungen auf nationale Volkswirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden.“ (S. 22)

„Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Beispiele hierfür sind der weltweit wachsende Energiebedarf, zunehmender regionaler und interregionaler Energiehandel, Proliferationsrisiken, steigende Klimaschutzanforderungen und die Notwendigkeit, in Entwicklungsländern den Zugang zu Energie und somit Chancen für wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen.“ (S. 22)

„Deutsche Sicherheitspolitik muss auch Entwicklungen in geografisch weit entfernten Regionen berücksichtigen, soweit sie unsere Interessen berühren. ...“

Auf ein Wort bitte



ADI REIHER
Redaktion
„Unsere Zeit“,
Wochenzeitung
der DKP

Der Sozialismus, Genossen

Na, was ist das denn, liebe Genossinnen und Genossen von der WASG? In Geseke zetert ihr über den Begriff Sozialismus, dass man meint, einige von euch müssten sich vor dem leibhaftigen Gottseibeius schützen.

Jetzt mal ganz ruhig bleiben. Jenseits des täglichen BLÖD-Zeitungs-Gewäschs und des Zeitgeistes aus Merkel-Grinsen und Harald-Schmidt-Gelaber gibt es noch – die Vernunft. Hat selbst der Papst gesagt. In dieser unvernünftigen und absichtsvollen Rede in Regensburg.

Ich schweife ab. Die Vernunft also. Sie sagt jedem, der sich seine Meinung nicht ausschließlich am Kiosk abholt, dass es einen geschichtlichen Prozess gibt. Leben entsteht aus „toter“ Materie, Menschen stammen von Tieren ab, es gab 'ne Steinzeit, Könige waren die obersten Feudalherren und – der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte. Oder glaubt jemand ernsthaft, dass das vermaledeite Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland noch im Jahre 26353 gilt?

Was also dann? Ich diskutiere gerne mit jedem, der sagt, es wird auf ewig Ausbeutersystem auf Ausbeutersystem folgen. Aber ich bin noch zu jung und phantasievoll, um zu vermuten, dass die Menschheit so doof ist, sich ewig an der Nase herumführen zu lassen.

Diese Phantasie habe ich mir auch da bewahrt, als mir – ich bin Wessi – bei Besuchen in der DDR erklärt wurde, man habe „unumkehrbare Prozesse“ geschaffen und der Sozialismus stehe fest wie eine Mauer. O.K., das war gemein. Ich entschuldige mich. Aber ich habe ernsthaft nie geglaubt, dass es eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ mit x-verschiedenen Phasen, eine erste, zweite und wievielte Stufe des Kommunismus gäbe oder dass die Maschinen irgendwann vollständig die Steu-

erung der Produktion übernehmen würden, wie uns ein Professor in Rostock erklären wollte. Meine – bescheidene – Vernunft sagte mir damals, dass ein Schlaraffenland nichts wert ist, in dem ich nicht selbst bestimme, wann mir welche gebratene Taube in den Mund zu fliegen hat. Will sagen, die arme Menschheit wird bis ans – selbstverständliche – Ende ihrer Tage ihre (Re)-Produktion schon selbst steuern müssen. Das schaffen wir schon.

Wie kleingeistig muss man sein, um angesichts der unendlichen Geschichte, die noch vor uns liegt, vor dem Begriff Sozialismus zurückzuschrecken, der zunächst doch „nur“ Synonym einer besseren Zukunft ist, die wir erkämpfen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen von WASG und Linkspartei.PDS und noch von so mancher anderen Organisation, ein bisschen Backenaufblasen kann nicht schaden. Wir haben auch nach dem Scheitern des „realen Sozialismus“ keinen Grund, am Ende des Kapitalismus zu zweifeln. Wer es dennoch tut, der gerät in Gefahr, sich nach Lafontaine-Boom und trotz Gysi-Humor in Luft oder in die SPD aufzulösen. Und wenn das noch zehn oder mehr Jahre dauert, was ist das vor der Geschichte? Dann doch lieber heute – scheinbar – bedeutungslos, aber vernünftig.

Die nächste Ausgabe von Leipzigs Neue

erscheint wie jedes Jahr
als Doppelnummer und
deshalb nicht im
gewohnten

Zweiwochenrhythmus,
sondern erst in drei
Wochen,

am 22. Dezember.

**Trotz aller Preissteige-
rungen: Wir bleiben
auch 2007 beim
Abopreis von
einem Euro je Heft.**

Im Freiverkauf allerdings
müssen wir den Preis je
Zeitung auf 1,30 Euro
erhöhen – was ja
durchaus auch Ansporn
sein könnte, auf ein
kostengünstiges Abo
umzusteigen.

Die Redaktion

Ein paar Flecke auf Managerwesten

**Aber nach den Konsequenzen der geschmiert
gelaufenen Geschäften fragt niemand**

Freikaufen von juristischer Verfolgung ist demokratisches Grundrecht für jedermann. So jedenfalls tönte es dieser Tage angesichts der Millionenzahlung von Ackermann, Esser und Co. Wer hat, der kann eben.

In Leipzig weigern sich derweil die zwei Experten für Geschenke, die die Freundschaft erhalten, erfolgreich, ihre Posten ruhen zu lassen. Ebenso erfolgreich weigern sie sich, eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, dass sie nicht bestochen wurden, schon gar nicht mit 17 000 bzw. 20 000 Euro teuren Luxusuhren.

Wir erinnern uns: Oberbürgermeister Jung hatte die beiden Stadtmanager, den Chef der Leipziger Verkehrsbetriebe Georg Hanss und den Wasserwerke- und LVB-Geschäftsführer Klaus Heininger, zu einer solchen Erklärung aufgefordert. Sonst drohten Sanktionen. Nun ist Jung „sehr enttäuscht“, weil die beiden die „Chance nicht ergriffen haben“. Wie sollten sie? Da müsste ja dann wirklich der Paragraph 156 greifen, nach dem eine eidesstattliche Falschaussage bis zu drei Jahren Haft kostet. Und die angedrohten Sanktionen? Woche für Woche vergeht, aber sie sitzen immer noch im Sattel. Klar, schließlich haben sich die beiden als Quasi-Wiedergutmachung für ihre Luxusflüge mit einer gemeinnützigen 20 000-Euro-Spende freigekauft. Von Entlassungen wollen die Aufsichtsräte nichts wissen. Obwohl die Antworten der beiden Manager schon sehr irritierend sind, wie es sich denn mit den exorbitanten fünftägigen Urlauben mit ihren Partnerinnen im Sieben-Sterne-Hotel Burj al Arab in Dubai verhalte und mit den ebenso sündhaft teuren Concorde-Flügen in den Jahren 2003 und 2004 dorthin. Alles bezahlt von amerikanischen Partnern, „damit das Geschäft zustande kommt“.

Welches Geschäft? Am Ende ist es für den Bürger egal, ob ein Staatsanwalt Bestechlichkeit nachweisen kann oder nicht. Entscheidend ist: Was steckt alles hinter dem nur hie und da fallenden unheilswangeren Wort *Cross-Border-Leasing*? Welche stadt-, also bürgereigenen Werte wurden verschertelt, verleast, aufs Spiel des (freien und unberechenbaren) Marktes gesetzt? Wer gab Hanss und Heininger dazu freie Hand?

Hier liegt der kapitalistische Hund begraben. Aber den buddelt einfach niemand aus. Weder die so genannte investigative Presse (die gibt sich mit ein paar Knöchelchen zufrieden, stürzt sich auf Details zu den Luxusreisen und zu den Geschenken), noch unsere Stadträte und schon gleich gar nicht unser Oberbürgermeister. Der macht es haargenau wie schon der nach Berlin entflochtene OBM Tiefensee: Er weiß von nichts und jammert über Vertrauensverlust ...

• MAXI WARTELSTEINER

Antifaschist im Stadtbild

Ungewöhnliche Zeigner-Ehrung

Am Giebel des Wohnhauses Zschochersche Str. 21 befindet sich seit kurzem ein neuer Blickfang. Ein aufgemaltes Plakat in den Leipziger Stadtfarben zeigt den ersten Leipziger Nachkriegs-Oberbürgermeister Erich Zeigner, überlebensgroß in Rednerpose. Auffällig auch der Text, ein Appell an jeden, einen eigenen Beitrag zur Überwindung der Not zu meistern. Als Vorlage diente ein Originalplakat aus dem Winter 1945/46, als gerade die Volkssolidarität mit einer Aktion gegen die Winternot gegründet worden war. Glücklicherweise blieb ein Exemplar in der ehemaligen Wohnung Erich Zeigners er-

halten. Der Vorsitzende des Vereins Erich-Zeigner-Haus, Frank Kimmerle, setzte sich zusammen mit engagierten Partnern dafür ein, es wieder öffentlich zu machen. Mitglieder des Vereins *Lebens Art* malten das Bild auf, finanziert aus Mitteln des Förderprogramms Urban II und durch Spenden. Getragen wurde die Aktion von der IG Plagwitz Geschäftstraßen. Durch den Abriss des Eckhauses KarlHeine-Str. 32/Ecke Zschochersche Str. war an dieser wichtigen Kreuzung ein leerer und unansehnlicher Platz entstanden, den das Wandbild nun wieder aufwertet.

• M. HÖTZEL



Neue Giebelgestaltung mit Plakaterinnerung
an den Winter 1945/46
Foto: Wienhold

Deutschland bekommt zwar keine neue Mauer, aber dafür einen „massiven Zaun“. Nicht in Berlin, sondern weiträumig um das mecklenburgische Ostseebad Heiligendamm. Er wird über 12 km lang und 2,50 Meter hoch sein und über 12,5 Millionen Euro kosten – sagt man. Elektronische Bewegungsmelder und Stacheldraht werden das Bauwerk ergänzen. Betroffene Grundstückseigentümer werden entschädigt.

Das Ganze ist wiederum – man höre und staune – ein „Schutzwall“. Diesmal kein antifaschistischer, aber

Und wieder ein „Schutzwall“

ein antidemokratischer. Er trennt während des G-8-Gipfels vom 6. bis 8. Juni 2007 die Staatschefs der acht wichtigsten Industrienationen vom Rest der Welt. Jedes Jahr treffen sich die Mächtigsten der Mächtigen dieser Welt zu geheimen Absprachen über Weltwirtschaft und -politik. Und seit Jahren sucht sich der Club der Reichen solche Orte aus, die leicht abzuriegeln sind, denn es regt sich Protest. Nach dem Testfall Bush bot Angela Merkel diesem Club das für seinen Schutz auf Herz und Nie-

ren geprüfte Heiligendamm an. 92 Millionen Euro soll das ganze Spektakel kosten, 34,5 Millionen Euro allein die Bereitstellung der Polizeikräfte vor und hinter dem „Schutzwall“. Hinzu kommt die Bundeswehr zu Wasser und in der Luft. Da werden es wohl locker 120 Millionen Euro werden. Am 2. Januar 2007 beginnen die Bauarbeiten. Nun denn, das neue Jahr fängt in Mecklenburg gut an.

• K. SCH.

Gregor Gysi wandte sich in einem Brief an die Teilnehmer der Leipziger Montagsdemonstrationen, in dem es u. a. heißt: „Die unsozialen Hartz-Gesetze haben nicht die Arbeitslosigkeit, sondern durch weitere Gesetzesverschärfungen die Arbeitslosen bekämpft. Die geplante Gesundheitsreform wird zu höheren Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung und zu weiteren Kürzungen bei der medizinischen Versorgung führen. Sie geht zu Lasten der Kranken und der Versicherten. Die Mehrwertsteuererhöhung im kommenden Jahr wird insbesondere die Arbeitslosen, die

Rentnerinnen und Rentner sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treffen und die Kaufkraft schwächen. Gleichzeitig werden Konzerne und Reiche besser gestellt.

Weiter auf die Straße gehen

Es gibt also Gründe genug, gegen die unsoziale Politik dieser Bundesregierung zu protestieren. Sie leisten dazu einen wichtigen Beitrag, und ich kann Ihnen nur wünschen, dass sich künftig mehr Bürgerinnen und Bürger nicht nur über diese Politik aufregen, sondern auch aktiv dagegen auf die Straße gehen.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Demonstrationen auch weiterhin viel Erfolg.“

**Max Zimmering**

Auch Du, Kollege Müller,
Kollege Angestellter,
Schau Dich im Spiegel an.
Du wirst täglich älter ...
Dort steht der nächste Mann,
der dritte, vierte – zehnte.
Unendlich sind die Reihen.
Wer heute sich sicher wähnte,
kann morgen draußen sein.
(1930)

F.C. Weiskopf

Es saß mit breitem Hinterteil
Der Dicke auf dem Dünnen.
Und sprach zu ihm:
Jetzt können wir demokratisch
zu reden beginnen.
(1927)



Sie schrien „nein“, sangen und demonstrierten im November 2006 ...

... Studenten, Stadtreiniger, Stadtwerker, Angestellte und Arbeiter. Sie demonstrierten gemeinsam vor der Moritzbastei, in der Goethe-Straße, vor dem Neuen Rathaus und im Hof des Leipziger Volkshauses. Der Mann mit der Gitarre intonierte: „Sollen wir demnächst unsere Bücher selber schreiben und drucken?“ Die Männer vor dem eisernen Rathausstor riefen: „Herr Jung hat von den Leipzigern kein Mandat zum Stadtwerkeverkauf!“ Am Volkshaus wurde getrommelt und gerufen: „Herr Sommer, das Haus ist unser, ihr habt kein Recht zum Champagner saufen und dann unser Eigentum zu verkaufen.“

Andere Zeiten?

„Das Auditorium rief, Mense, haste Töne!
Was da gespielt wird, ist nicht sehr schöne!“
Protestflugblatt 1919 nach einer Betriebsschließung.

„Wer heute noch Beschäftigung hat,
fliegt morgen schon aufs Plaster.“
Helmut Weiss: Lied von der Krise, 1930



Fotos: Eiltzer

Bitte in keine verschämte, mickrige Ecke ...

Lehrstück oder Posse: Über den Aufbruch mit Philosoph Karl M. und den Umgang mit Prinzipalin Pauline M.

Seit drei Monaten ist das 33 Tonnen schwere Relief „Aufbruch“ aus dem öffentlichen Raum verschwunden – ein Kunstwerk, das viele, wohl nicht zu Unrecht, auf „Marx-Relief“ verkürzen.

Die von Magnifizenz Franz Häuser berufene Kunstkommission der Universität Leipzig soll in Abstimmung mit der sächsischen Staatsregierung und der Stadt Leipzig sowie gemeinsam mit „den Schöpfern des Kunstwerkes“ einen „geeigneten Ort für eine endgültige Aufstellung des Reliefs“ festlegen. So formulieren es entsprechende Papiere.

Die Linksfraktion ist der Auffassung, dass Leipzig mit seiner nun fast tausendjährigen Geschichte als „epochaler Reinraum“ denkbar ungeeignet ist. Geschichte lässt sich nicht entsorgen, und eben so wenig lassen sich Kunstwerke mit historischen Bezügen und einer besonderen Historie ihrer Entstehung entsorgen. Sie regen zu einer Diskussion geradezu an, ja provozieren sie. Was kann einem Kunstwerk Besseres passieren?

Es darf nicht sein, dass eine verzwickte Eigentumsituation – das Relief im Eigentum der Universität und ein denkbares Grundstück für die Aufstellung im Eigentum der Stadt – zu einer wechselseitigen Blockade der Beteiligten führt und in ein nicht hinnehmbares Patt mündet. Die Sache mit dem Grundstück ist übrigens ein Lehrstück in Marxscher Theorie: Schließlich wusste niemand besser als Karl Marx, welche teils umwälzenden Auseinandersetzungen um das Eigentum an Grund und Boden entbrennen können.

Mit den Belangen des Denkmalschutzes im übrigen gegen die Parkanlage hinter der Moritzbastei zu argumentieren, um die Aufstellung dort zu verhindern, ist – gelinde gesagt – eigentümlich. In den letzten 15 Jahren gab es in Leipzig in zahllosen Fällen einen bemerkenswert voluntaristischen Umgang mit dem Denkmalschutz – Beispiel Kleine Funkenburg als Stadtbild prägendes Baudenkmal, Beispiel Straßenbahnhof Reudnitz als

Denkmal der Verkehrsgeschichte, Beispiel Industrieschornstein Roscherstraße als Denkmal der Wirtschaftsgeschichte usw. Und beim „Marx-Relief“ geht es nicht einmal darum – wie in den genannten Beispielen – etwas Schützenswertes wegzuräumen, sondern einen würdigen Platz für ein Kunstwerk zu finden, das 31 Jahre lang für jedermann sichtbar war. Übrigens: fünfzehneinhalb Jahre in der DDR und rund fünfzehneinhalb Jahre in der Bundesrepublik. Wird die Variante Moritzbastei verworfen, ist es höchste Zeit, im Kreise von Fachleuten erneut nachzudenken. Die Aufstellung des Reliefs – und zwar nicht in einer verschämt freigemachten mickrigen Ecke, sondern an einem wirklich repräsentativen Ort – gehört ohne jeden Abstrich in den Kontext des Universitätsjubiläums 2009. Den Uni-Campus umzubauen und eine befriedigende Lösung für das Marx-Relief vor lauter Jubiläumshektik in eine ferne, unklare Zukunft zu verschieben ist schlichtweg unakzeptabel. Wir riskieren eine Provinzposse.

Es gibt „Marx-Beispiele“ in London, Trier, Moskau oder – wem das alles zu weit ist – meinetwegen auch in Chemnitz: Alles Städte, die heutzutage wirklich nicht im Ruf stehen, linke Hochburgen zu sein. Doch keine dieser Städte käme auf die Idee, „ihr“ Marx-Denkmal verschwinden zu lassen. Sie beweisen vielmehr einen souveränen Umgang mit einem der größten Denker der Menschheit, der durch seine theoretischen Arbeiten den Gang der Geschichte maßgeblich beeinflusst hat. Das SPD-geführte Chemnitz wirbt unter dem bemerkenswerten Slogan „Stadt mit Köpfchen“ sogar mit dem bekannten „Nischl“ – übrigens nicht nur auf diesen Pralinen, die patentrechtlich als „Karl-Marx-Trüffel“ geschützt sind. Eine derartige Souveränität und Lockerheit ist doch wohl auch an der Pleiße möglich.

Und für alle, die eine eher klassische Argumentation für das Marx-Relief nicht überzeugt, biete ich eine etwas kühnere Lesart des Kunstwerkes an, die auch Wankel-

mütige beeindrucken dürfte. Dazu müssen wir allerdings fast genau 80 Jahre zurückblicken, denn der spätere Standort des Marx-Reliefs hatte zweifellos mit dem von SPD und KPD gemeinsam getragenen Beschluss der Leipziger Stadtverordneten-Versammlung vom 2. März 1927 zu tun, den repräsentativsten Platz unserer Stadt, geziert von dem berühmten Brunnen der Frau Mende, nach einer rheinischen Frohnatur mit Namen Karl Marx zu benennen. Hervorhebenswert ist, dass auch jener Brunnenzierde seinerzeit nur mit größten Schwierigkeiten der heutige Standort zugebilligt wurde. Nach seiner Aufstellung bildete das Relief, ambivalent „Aufbruch“ genannt, jedoch gemeinsam mit dem Obelisk der ehrenwerten Frau Mende ab Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts die Achse des möglicherweise erotischsten Ensembles Deutschlands. Bedeutet der große Rufer im Relief rechts der Brunnen-Prinzipalin etwa nicht: „Wir brechen auf, zu dir, Pauline?“ Neben und zwischen all den Aufbrechenden blickte Marx zu Mutter Mendes Reich vielsagend hinüber gemäß seinem Credo „Nichts Menschliches ist mir fremd“.

Marx wird im Übrigen in einmaliger Symbolik wie das Haupt Johannes des Täufers der Salomé oder das Gorgonenhaupt der Minerva präsentiert. Diese Enthauptung ist mit Sicherheit nicht als Verquickung mit der frivolen Brunnen-Welt der Frau Mende anzusehen, zu deren Zeit Marx tatsächlich in unserer Stadt weilte. Die durchaus etwas pikanten Wasserspiele von Madame Mende, hochansehnliches Mitglied des Königlich-Sächsischen Sidonienordens, hatte der damalige Stadtrat letztlich genehmigt, weil er sich nicht päpstlicher als der Papst und nicht königlicher als der König gebärden wollte. In Analogie dazu wäre der heutige Stadtrat gut beraten, weder marxistischer als Marx noch spröder als die Stadtväter zu Marxens Zeit sein zu wollen.

Musik top, Rest hopp?

Fragen, Meinungen, Diskussionen zum Leipziger Kulturentwicklungsplan

JA, MACH NUR EINEN PLAN SEI NUR EIN GROSSES LICHT! UND MACH DANN NOCH 'NEN ZWEITEN PLAN GEHN TUN SIE BEIDE NICHT ...
... also Brechts *Lied von der Unzulänglichkeit* und dessen Resümee:
DRUM IST ALL SEIN STREBEN NUR EIN SELBSTBETRUG ...
... lassen wir hier als Diskussionsbeitrag mal außen vor.

DENN:

Es ist Leipzig und den Leipziguern nämlich zu wünschen, dass in kultureller Hinsicht „etwas geht“ und zwar mindestens für ein Dezennium. Dieser wunderbar lebendigen, widersprüchlichen, armen und reichen Stadt wurden bekanntlich in den letzten Jahren zwar sehr rasch etliche Etiketten aufgeklebt, aber auch lang-jährige Identitäten genommen. Die diesbezügliche, alphabetische Aufzählung muss aus Platzgründen unvollständig bleiben und kann gern noch ergänzt werden: Autostadt, Bachstadt, Buchstadt, Heldenstadt, Kabarettthochburg, Messemetropole, Musikstadt, Olympiastadt, Sportstadt, Universitätsstadt, Medienstandort ... es gibt noch viel, viel mehr. Aber belassen wir es dabei.

Jeder Marketingpraktikant schlägt spätestens jetzt die Hände über dem Kopf zusammen und jammert: Wo ist da der gemeinsame Nenner, um „Klein Paris“ (noch so ein Etikettenschwindel?) in der Welt zu präsentieren?

Mit Verlaub, da s interessiert jetzt nur am Rande. Auch die Fraktion der PDS, die im Februar 2005 die Ausarbeitung eines langfristigen Kulturentwicklungsplanes einschließlich Diskussion anregte, mit Zustimmung aller anderen Parteien, setzt auf andere Punkte. Es geht vor dem Hintergrund starker wirtschaftlicher und kultureller Konkurrenz sächsischer Städte um Verknüpfungen von Kul-

tur- und Stadtpolitik und letztlich um Lebensqualität.

Das kostet was, nicht nur Geld, sondern auch Engagement, zumal Dresden und Chemnitz in dieser Hinsicht wahrlich nicht schlafen. Und es verlangt: bürgerschaftliches Einmischen. Wer meint, dass gut einem Fünftel der Leipziger (wegen Arbeitslosigkeit) derzeit etwas ganz anders als Kultur im Kopf herumspuke, der verkennt, dass davon sehr viele sehr wohl die Verluste empfinden, weil



Im Disput: u.a. Georg Giradet (Kulturbeigeordneter), Ev Schreiber (Intendantin Theater fact), Thomas Farken (Sprecher AG Soziokultur), Moderation: Helge-Heinz Heinker

Eintritts- oder Dauerkarten für sie oft unerschwinglich sind. Georg Giradet, Leipzigs Kulturbürgermeister, geht zur Zeit „überall hin, wo man mich einlädt“. Ins Stadtbüro am Alten Markt lud er zwar selbst ein, aber er ward dieser Tage auch im Theaterverein, in der Moritzbastei und andernorts Gast auf Diskussionspodien. Kulturelle Leitlinien sind übrigens vor zehn Jahren schon einmal verabschiedet worden. Zu schnell und zu glatt ging da vieles durch die Gremien. Die Zeiten haben sich geändert. Kann diese Gesellschaft überhaupt begreifen, dass Gelder, die in den kulturellen Bereich fließen keine Subventionen sondern Investitionen sind? Was soll der unvergleichliche Unsinn der Leistungsbewertung (Ranking)? Werden da nicht die einzelnen Einrichtungen gegeneinander ausgespielt? Warum hat die Oper so viele

spielfreie Tage? Wann hört endlich die Diskussion um die Schließung der Musikalischen Komödie auf? Hängt die so genannte freie Szene künftig nur noch am Tropf? Sollte für Kinder und Jugendliche der Zugang zur Stadtbibliothek nicht unentgeltlich sein? So wurde immer wieder gefragt. Die Diskussion in der Moritzbastei – angeregt durch die Links-partei.PDS – brachte schon im Titel, manche Bedenken vieler Leipziger und der „Szene“ auf den Punkt: „Musik top, Rest hopp?“

Noch wurden in den vergangenen Wochen nicht alle Antworten gefunden, noch wird weiter gestritten. Es wäre wünschenswert, wenn sich auch mehr Leute einmischen würden. Denn „Ausverkauft“ waren die Diskussionen bisher nicht. Aber sie lohnen, denn erste Korrekturen sind jetzt in der strittigen Leistungstabelle erfolgt. Die „Musik“ rückte von Platz eins auf Platz drei und macht der „Vielfalt“

Platz. Auf Rang zwei steht nun „Junge Stadt“. Wer hat etwas dagegen? Diese Änderungen wurden begrüßt, kritisiert hingegen die Ausklammerung sozialer Fragen in der Ranking-Tabelle. Die ist damit wohl auch überfordert. Aber gerade diese Themen dürfen nicht wegrutschen. Wer kann sich welche Eintrittskarte demnächst noch leisten?

Einer ist allerdings schon jetzt der Sieger und steht ganz oben als Kulturdenkmal Leipzigs: Johann Sebastian Bach. Logisch: Einen Entwicklungsplan, hat dieses Genie wohl auch kaum nötig. Dafür eher ein pfiffiges Marketingkonzept, das in der Welt neugierig macht und Gäste in die Stadt lockt. Jedoch: Um die Leipziger Kultur v i e l müssen wir Bürger uns schon selber mitsorgen. Das war übrigens zu allen Zeiten so. Oder, sind Sie da anderer Meinung?

• JOACHIM MICHAEL

Schild(er)bürgerstreich

Jetzt kann man die ersten endlich bestaunen – die neuen Haltestellenschilder für die Leipziger Straßenbahn und den Bus. Wochenlang war zu bemerken, wie neben den jetzigen, einst völlig intakten Schildern, neue Verankerungen in den Boden gebracht werden. Warum nur die neuen Verankerungen?

Nun ist alles klar: Die bisherigen Schilder hatten das gelb-grüne „H“ auf blauem Grund. Die neuen haben das gelb-grüne „H“ auf weißem Grund. Außerdem: Die weißgrundige Schrift ist nicht mehr glatt viereckig, sondern hat am oberen Rand eine kleine Erhebung. Trotzdem bleibt die Frage: Warum neue Verankerungen im Erdreich?

Die verblüffende Antwort: Die bisherigen Schilder waren um einem viereckigen Mast gefasst. Die neuen Schilder bekommen einen runden Mast verpasst. Warum das alles?

Im Hinterkopf blitzt der Gedanke auf, dass nur die weißen Schilder durch eine Richtlinie der Europäischen Union abgesegnet sind und unlängst so gefordert wurden. Nur: Wer bezahlt das Ganze?

Kommen deshalb Überweisungen aus Brüssel oder sprudeln Leipziger Steuerquellen?

• MANFRED ERBE

Teilerfolg im Kampf um Leipziger Volkshaus



Foto: DGB

LN. Weil zur außerordentlichen DGB-Regionsdelegiertenkonferenz am 7. November in Leipzig keiner der eingeladenen Aufsichtsratsmitglieder der BGAG (Beteiligungsgesellschaft der DGB-Gewerkschaften) erschienen war, besuchten – unangemeldet – 50 Leipziger Gewerkschaftsmitglieder den DGB-Bundesvorstand in Berlin. Sie wollten mit dem geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand ins Gespräch zu kommen, um die Rücknahme der Verkaufsabsichten für das Volkshaus Leipzig zu erwirken. In der zweistündigen Diskussionen mit dem Vorstandsmitglied Claus Matecki und mit Norbert Haak, Bereich Finanzen, prallten die unterschiedlichen Standpunkte aufeinander. Edda Möller von der Initiative „Stoppt den Verkauf des Leipziger Volkshauses! sprach es klar aus: „Das Volkshaus ist für uns Leipziger ein wichtige Basis für aktive und unabhängige Gewerkschaftsarbeit. Wir lassen unsere Geschichte nicht verhökern!“

Immerhin, Claus Matecki versprach den Angereisten, ihr Anliegen erneut mit seinen zuständigen Kollegen zeitnah zu besprechen. Der Kampf der Initiative wird weitergehen, bis der Erhalt des Leipziger Volkshauses durchgesetzt ist, darin sind sich nicht nur Leipziger Gewerkschafter einig, sondern mit ihnen auch viele Mitglieder von Verbänden, Vereinen, Parteien, Initiativen und Kirchenvertreter.

Feinkost-Kompromiss

Aus den Vorschlägen mehrfacher Konsultationen zwischen Kunst- und Gewerbegeossenschaft Feinkost e.G. und der Kulturstiftung Feinkost GbR „Kunst-, Kultur- und Gewerbehofes Feinkost“ hat das Stadtplanungsamt ein räumliches Nutzungskonzept erarbeitet. Die Vereinbarung im Entscheidungsgremium, dass nur das Stadtplanungsamt die Verhandlungen führt und sich auch Fraktionen zurückgehalten haben hat sich ausgezahlt ebenso, dass die Rahmenbedingungen klar definiert waren. Darin soll u. a. der von beiden Bewerbern begehrte Gildesaal durch naTo e.V. und Cinemateque kulturell und der Innenhof gemeinschaftlich genutzt werden. Die von der Kulturstiftung angedachte Einbeziehung des LOFFT-Theaters und des Leipziger Tanztheaters hat sich auch in der Studie als problematisch erwiesen. Auch wenn die vom Entscheidungsgremium im Oktober gesetzte Frist geringfügig überschritten wurde, so liegen nunmehr aber bereits detaillierte Nutzungsplanungen vor und es könnte kurzfristig mit der Umsetzung begonnen werden. Die Kunst- und Gewerbegeossenschaft Feinkost e.G. hat bereits ihre Zustimmung erklärt.

• S. SCHLEGEL

Splitter aus dem Stadtrat

Kleingeist gegen „Aufbruch“...

25 gegen 30 Stadträte - so das Abstimmungsergebnis zur Suche eines dauerhaften und exponierten Standortes für das Relief "Aufbruch" gemeinsam mit der Universität. Die Haltung eines großen Teils der SPD-Fraktion widerspiegelt, den fehlenden Bezug der ostdeutschen Mitglieder zur Tradition der Sozialdemokratie. Auch die Beschimpfung der Linksfaktion als Kirchenzerstörer durch Vertreter der CDU-Fraktion greift zu kurz, hatte doch auch diese Partei ebenso wie die Liberalen 1968 dem Abriss der alten Universität mit Kirche und Neubau des Universitätskomplexes zugestimmt. (siehe auch LN Seite 3)

*

EU-Fördermittel für Plagwitz ...

stehen trotz Auslaufen des Programms 2006 noch im Folgejahr für die Förderung zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Klein- und mittelständigen Unternehmen sowie für Projekte von sozialen Trägern und für die Stadtteilkultur in Plagwitz zur Verfügung. Dafür wurde die Fachförderrichtlinie angepasst.

Gunter Preuß:

Nach Meinungsunterdrückung nun Totschweigen

Ein Billigangebot aus dem Schkeuditzer Rathaus

NACHGEFRAGT, MUSS ES HEISSEN: Der in einem „LVZ“-Artikel erhoffte freundliche Ausgang im Zwist zwischen dem Schriftsteller Preuß und dem Schkeuditzer Bürgermeister Enke um die geplante Kulturamtsauflösung kann nicht bestätigt werden.

(Zum Nachlesen sind daher eher LN 17/06 und LN 20/06 und LVZ 28.11. zu empfehlen).

Ich habe weder vom Bürgermeister noch von den Stadträten, gleichgültig welcher Partei sie angehören, eine wie auch immer geartete Antwort auf meine inzwischen eigenhändig zu ihnen auf den Weg gebrachte Streitschrift erhalten. Man hat sich da wohl auf die altbewährten politischen Hausmittel „totschweigen“ und „aus-sitzen“ geeinigt. Im real existierenden Sozialismus nannte man das „Parteidisziplin“, und aus heutiger Sicht spricht man von „diktatorischer Gleichschaltung“. Nun, meine Gedanken sind frei, aber die Hände gebunden.

Ich zitiere aus dem Brief eines Freundes, der den leidigen Vorgang kennt und ihn meines Erachtens auf den Punkt bringt:

... Dazu kommt, dass Dir eine Provinzentscheidung Anlass zu grundsätzlichen Aussagen zu Demokratie, Kulturreinschätzung, Medienmanipulation, Politikerehre und noch viel mehr ist – was ihr zusätzliche Schärfe gibt und die Kritisierten in einen Kontext stellt, in dem sie sich absolut nicht sehen möchten: also schlagen sie zu

mit Verhinderung der Wortmeldung, anklagendem Brief, beleidigter Rechtfertigung, allerdings mit einem nicht, nämlich nicht mit überzeugender Widerlegung in der Sache. ... Der Bürgermeister begreift es nicht und ist Dir böse, er ist Teil des Systems, das Du angreifst, er weiß nicht, was Du eigentlich von ihm willst, nicht er hat ein Problem, es ist Dein Problem. Er hat nicht genügend Geld, glaubt an den Firlefanz Prozessorientierung, Synergie usw. Und dann noch Du mit Deinem Humanismus: Die Fußballfans mit der Fahne haben den Humanismus doch praktiziert, und er hat doch durchaus mitgeföhlt und nachgedacht, was wird ihm da unterstellt ... Und so wehrt er sich mit allen Mitteln, die ihm per Amt zustehen. Und jeden Tag kommen derartige Verhaltensweisen ans Licht. Geld ist da für die Concordeflüge der Manager, Dienstreisen in teuerste Hotels der Welt, Fehlplanungen bei vielen Bauwerken Leipzigs, für die horrenden Zinsen für Tiefensees hinterlassene Schuldenlast.

... Wieso sollte da noch etwas für die Kultur übrig bleiben? Es ist also völlig richtig, wenn Du sagst, die Stimme des Bürgers ist nur für den Stimmzettel wichtig. Erwinnere Dich an eine der Losungen der Achtundsechziger, mit denen sie anstelle der Wahlen gewaltsame Straßenaktionen begründeten: Wenn Wahlen etwas bewirken würden, wären sie längst verboten. Es ist schön, Deinen Protest zu lesen, man kann sogar sprachlichen Genuss und moralische Erbauung empfin-

den, aber leider auch Verzweiflung über die Wirkungslosigkeit bei den Adressaten. Immer wieder mein Zitat aus Brechts „Flüchtlingsgesprächen“: „Alle großen Ideen scheitern an den Leuten.“

Ich habe nur ein paar Worte entgegnenzusetzen, die denen, die sich täglich „demokratisch“ über uns hinwegsetzen, nichts bedeuten. Und dennoch. Ich gebe sie gern den Heranwachsenden am Ende einer Buchlesung mit auf den Weg:

**Wer sich drückt
und tief bückt
vor der Macht,
auf den gebt Acht!
Wer immer kneift,
nie mit zugreift,
sich stets raushält,
hat nichts bestellt.
Wer aber liebt,
sich ganz hingibt,
wer aufrecht bleibt,
wenn Sturm ihn treibt,
wer brennt wie Feuer,
der ist uns teuer.**

Gelenkt und geführt?

Über „nackte Wahrheiten“ etc.

Oh! Das liest sich ja schrecklich: „... von den Werk-tätigen nach eigenem Ermessen gestalteter Teil der Zeit nach Teilnahme am Arbeitsprozeß.“ So erklärt 1976 Meyers Lexikon, herausgegeben vom Bibliographischen Institut Leipzig, die „Freizeit“.

Ah! Das liest sich ja genauso schrecklich: „... zeichnet die Ausstellung ein differenziertes Bild vom durchherrschten Freizeitleben der 1970er und 1980er Jahre zwischen Königstuhl und Suhl.“ So orakelt 2006 der Flyer der Wanderausstellung „DIE GELENKTE FREI-ZEIT – DDR-Lebenswelten in der Ära Honecker“.

Also, wenn wir d a s mal zusammenpuzzeln, kommt dabei heraus: Die Werk-tätigen wurden durchherrsch-t und glaubten, sie gestalteten die Zeit nach Teilnahme am Arbeitsprozess nach eigenem Ermessen. Wer es erlebt (oder eher durchlebt?) hat, weiß, d i e s e s Puzzle passt nun aber auch nicht. Es ist schon ein schwierig' Ding, Lebenswelten zu erklären, ganz gleich, ob man nun dabei war oder sie aus Akten, Büchern oder Briefen erfährt. Ja, an allem ist zu zweifeln! Es verschieben sich mit den Jahren – wer schon länger lebt, ahnt das – Wertigkeiten und Wertungen. Dinge, die früher fürchtbar aufregten, erscheinen heute geradezu lächerlich, während man über Selbstverständlichkeiten von damals stolpert. Die 17 Schautafeln und Vitrinen im Neuen Leipziger Rathaus wollen eine „bislang zu kurz gekommene Aufarbeitung des DDR-Alltagslebens untersuchen“. Mit Briefmarken, Ärschen, Hühnern, Indianern und Hinz (Horch) und Kunz (Guck). Wer festlegte, dass DDR-Alltag bisher im Disput zu kurz kam? Das wird nicht verraten. Nur: Gibt es nicht ein fast 400-seitiges großes Lexikon des DDR-Alltags? Wurden nicht ungezählte neue Bücher gedruckt, Filme gedreht und Ausstellungen gestaltet? Alles in den letzten Jahren mal mehr, mal weniger wahrgenommen. Wird nicht noch immer in Familien manches beredet und im Fernsehen, mal mehr, mal weniger, dokumentiert? **Uh!** Wer legt da die Messlatte der Wahrheit an? Die gibt es nämlich kaum. Peinlich wird es nur, wenn einem – wie derzeit im Rathausfoyer – eingebläut wird: W i r haben die Latte, und s o waren die Leute! Zitat: „... Unbekümmertheit der DDR-Bürger bei den Lenkungsversuchen der SED-Machthaber“. **Eh!** So SED-dumm und DDR-dooft waren wir weder beim Gartenfest, noch beim Nacktbaden am Leipziger Kanal, noch beim „Hotten“ (wer weiß heute noch, was das ist?), noch beim Briefmarkenlecken. Oder?

• MIZO

Besondere Verbindungen nach Leipzig

Ein Abend mit Liane Bosse und Andreas Reimann

„Ein italienischer Abend in Leipzig“, so nannte der Verleger Dr. Ziethen eine Buchpremiere des Lyrikers Andreas Reimann. Gemeinsam mit ihm las Liane Bosse aus ihrem neuesten Gedichtband „Niemandem gleich“. Zahlreich war die Hörerschaft in der „Evangelischen Verlagsbuchhandlung“. Dr. Ziethen meinte wohl: Italien sei immer eine Reise wert. Ziethen spricht von der Hoffnung nicht nur des Verlegers, sondern er schloss Hoffnung auf neue Lyrik ein.

Wer liest heutzutage noch Gedichte? Wenn die Dichter scharfsinnig und humorvoll, belehrend und herzlich sind, also mit Witz die Feder führen, ja dann bräuchte es doch mitteilbarer Gedanken. Was ist los in der Welt? Liane Bosse und Andreas Reimann gaben Auskunft mit ihrer Lesung. Die Welt ist nicht in Ordnung. Verlangt sie nach Ordnung im Getümmel? Das mag sein. Johannes R. Becher schrieb einmal: „In der größten Unordnung wählte ich das strengste Versmaß, das Sonett.“ Reimanns Gedichte sind Sonette. So nennt er denn folgerichtig seinen jüngsten Gedichtband: „Italien-Sonette“ unter dem Haupttitel: „Und Rotwein rauscht an meiner Seele Süden“.

Man mag denken, es sei eine Selbstverständlichkeit für einen Dichter, sich nach Möglichkeit einmal in seinem Leben nach Italien zu begeben. Goethe, schon 40-jährig, hatte es seinerzeit so postuliert. Er wird kaum an eine „Kaffee-fahrt“ nach Rom gedacht haben, als er sich auf den Weg machte.



Lyriker in bodenloser Zeit: Andreas Reimann und Liane Bosse

Foto: jfs

Unterwegssein, heraustreten aus einem häuslichen „Käfig“, dass scheint beiden Lyrikern, Reimann wie Bosse, ein Gleiches.

Was gibt es zu erfahren, wenn der Alltag es zulässt? Beide Lyriker haben ihre besondere Verbindung nach Leipzig – mit ähnlichen Erfahrungen? Liane Bosse, gelernte Bibliothekarin, und Andreas Reimann, von Beruf Schriftsetzer, haben mit der Stadt Leipzig ihre

guten und nicht guten Berührungen gehabt. Ihre Erfahrungen haben aber dennoch das eigene Talent verstärkt. Sie sind mit zunehmendem Alter (Reimann feierte unlängst seinen 60.) witzig und milde, strafen die Wirklichkeit Lügen und reiben sich an allem „Guten“ und „Schönem“. Faul waren sie jedenfalls beide nicht, in schwierigen Zeiten. Auch verleugnet haben sie sich nicht. Andreas Reimann meint in einem seiner Verse: Er käme „aus einem anderen Jahrtausend!“

Die Verse wirken nach und man fühlt sich aufgehoben in bodenloser Zeit. Hier wird aus dem Herzen geredet, mal schwergewichtig in den Lüften, mal leichtfüßig beim Herabsteigen von den „Mühen der Gebirge“. Man darf sich klaglos erinnern: Ist man erst zuhause, dann weiß man, was einem fehlt. Manchmal fehlt einem nichts, und manchmal fehlt einem alles. Vom Vaterland war die Rede, von Deutschland, von der Sehnsucht nach einem wirklichen, wertvollen Zuhause sprechen die Verse.

Die Sehnsüchte der beiden Lyriker melden sich nicht gierig, nicht überzogen. Dem eigenen Lauschen darf man trauen. Das Wort „Abschied“, mutig in Versen? Wie sagte Liane Bosse: „... warum nicht Abschied nehmen?“ Und gleichzeitig die Bitte an die Welterklärer: „Verschont uns mit Schöpfungsvisionen!“ Was also tun? „Kommt erst zu Euch selbst!“, fügten sich Reimanns Verse an. Zu sich kommen, dabei zu sein! Was kann es für Leser und Dichter Schöneres geben?

• JÖRN FRIEDRICH SCHINKEL



Sachsen lässt sich Chancen entgehen

Unbestritten ist der ökologische Landbau die umweltverträglichste Form, Landwirtschaft zu betreiben. Außerdem bietet er in besonderer Weise die Möglichkeit, Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu halten und neue zu schaffen. Die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln steigt seit Jahren weltweit.

Diese Chancen lässt sich Sachsen seit Jahren entgehen. Seit 2005 stagniert die Entwicklung des ökologischen Landbaus im Freistaat sogar. Ein Grund sind ungenügende Anreize für die Landwirte, ihre Betriebe auf die umweltfreundlichere, arbeitsintensivere Produktionsweise umzustellen. Solange es in Sachsen möglich ist, über verschiedene Agrarmaßnahmen ähnliche oder sogar höhere Flächenprämien zu erhalten als durch die Umstellungsförderung, ist es keinem Unternehmen zu verdenken, wenn es den Schritt zum Öko-Landbau nicht wagt.

Darum fordert die Linksfraktion des Landtags neue Fördersätze für Ackerbau, Grünlandwirtschaft und Gemüsebau, aber auch die erneute Möglichkeit, Teilflächen umzustellen statt den ganzen Betrieb auf einmal.

• MDL ELKE ALTMANN

„Was eine unserer Stärken ist, sollte Stärke bleiben“

Kommunalexperte Dr. Michael Friedrich zu den Programm-Eckpunkten der Linkspartei

Dr. MICHAEL FRIEDRICH (55) aus Löbnitz (OT Sauselitz) ist kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und steht auch dem Verein Kommunalpolitisches Forum Sachsen vor. LN sprach mit dem Diplommathematiker und Verwaltungswissenschaftler über die gegenwärtig laufende Diskussion zu den programmatischen Eckpunkten der künftigen neuen Linkspartei.

• Was sagen Ihnen nahe stehende Kommunalpolitiker zu den Gründungsdokumenten der Partei DIE LINKE, die die Vorstände der Linkspartei.PDS und der WASG am 22. Oktober in Erfurt verabschiedet haben?

Bei allen Diskussionen mit Kommunalpolitikern wird immer wieder mit Unverständnis und Enttäuschung registriert, dass im

Entwurf der programmatischen Eckpunkte keine Aussagen zur Kommunalpolitik enthalten sind. Dabei ist die Linkspartei.PDS bekanntlich in den neuen Ländern, aber auch zunehmend in den alten Bundesländern stark kommunal verankert. Das kommunale Agieren war und ist eine Stärke der Linkspartei.PDS. Und das sollte auch so bleiben.

• Welche konkreten Ziele gehören aus Ihrer Sicht ins Programm der neuen Partei?

Wir sollten uns auf jeden Fall ausdrücklich zur kommunalen Selbstverwaltung bekennen. Sie muss durch eine stärkere Stellung der Kommunen im föderalen System der Bundesrepublik weiter entwickelt werden. Nach österreichischem Vorbild müssen die Kommunen verbindliche Anhebungs- und Mitwirkungsrechte bei der Bundes- und Landesgesetzgebung erhalten. Das Konnexitätsprinzip, nach dem

die Finanzen den Aufgaben folgen, muss ohne Abstriche durchgesetzt werden.

Programmatische Bedeutung hat selbstverständlich auch die Forderung, dass die verschiedenen Formen des kommunalen Eigentums im Interesse der Daseinsvorsorge erhalten bleiben. Festgeschrieben werden sollte, dass die kommunale Wirtschaftstätigkeit eine gleichberechtigte Säule des ökonomischen Systems darstellt. Um die Kommunen dauerhaft zu stärken, sollten sie einen höheren Anteil an den Gesamteinnahmen der Bundesrepublik bekommen. Er liegt jetzt bei rund 13 Prozent und sollte auf mindestens 20 Prozent angehoben werden. In den skandinavischen Ländern erhalten die Kommunen bis zu 40 Prozent aller Steuereinnahmen!

Und schließlich sollte unser Konzept der Bürgerkommunen fortgeschrieben werden – mit weitreichenden Mitgestaltungsmög-

lichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, z. B. über Bürgerhaushalte und erleichterte Bürgergehören und Bürgerentscheide.

• Rechnen Sie damit, dass diese Vorschläge im Programm der neuen Linken Aufnahme finden?

Ich hoffe das stark. Dadurch würde die neue Linkspartei ihr kommunalpolitisches Profil deutlich machen und sich zu ihrer festen Verankerung in den Kommunen bekennen.

• Fragen: G. BRAUN

Ministerlogik

Wer nur geduldet ist, darf nicht arbeiten – wer Bleiberecht erhalten will, muss aber einen Arbeitsplatz nachweisen. So einfach machen es sich einige Landesinnenminister.

Schwarzwälder Bote
(Oberndorf)

Rechenaufgabe

Laut Finanzministerium leben in Sachsen rund 170 Millionäre (nach DM-Rechnung) mit einem Jahreseinkommen über 500 000 Euro sowie 274 Personen mit einem jährlichen Einkommen oberhalb 250 000 Euro. Wieviel Prozent von ihnen sind hier geboren? •gb

Klargestellt

Der Schluss des Kommentars „Das Kita-Gesetz“ in unserer vorigen Ausgabe lautet richtig:

Wann erhält das Kita-Gesetz Chancen auf Verwirklichung? Wenn sich vor dem Landtag links genauso viel bewegt wie drinnen.

CDU-Einbruch

LN. Nach jüngster dimap-Umfrage erholte die CDU bei einer Landtagswahl in Sachsen nur noch 37 Prozent der Stimmen – vier Prozent weniger als zur Wahl 2004. Im Vergleich zu einer Emnid-Umfrage der Staatsregierung von Anfang des Jahres verlor die Partei sogar zehn Prozentpunkte.

In der von der FDP in Auftrag gegebenen dimap-Studie kommt die Linkspartei auf 22 Prozent (-2), die SPD auf 14 (+4), die FDP auf 9 (+3), die Grünen auf 7 (+2) und die NPD ebenfalls auf 7 (-2). 52 Prozent der Befragten wünschten eine schwarzgelbe Regierung (!).

Regierung versagte

LN. Nach der Landtagsdebatte über den Antrag der Linksfraktion, die faktische Enteignung von 200 000 Garageneigentümern in Sachsen abzuwenden, stellte ihr rechtspolitischer Sprecher Klaus Bartl fest: „Mit einer einfachen Aussage hätte Justizminister Mackenroth als Redner der Staatsregierung dem Anliegen unseres Antrags entsprechen können: ‚Wir akzeptieren die Beschlüsse von Stadt- und Gemeinderäten, die auch nach dem 31. 12. 2006 die bestehenden Nutzungsverträge für zu DDR-Zeiten errichtete Garagen weiterlaufen bzw. in vernünftigem Umfang anpassen wollen.‘“

Für Schutzbündnis

LN. Die Landtagsvizepräsidentin Regina Schulz und die Vorsitzenden des Sozial- und des Petitionsausschusses, Horst Wehner und Bettina Simon (alle Linksfraktion) haben sich mit der Bitte an alle demokratischen Abgeordneten des Landtags gewandt, fraktionsübergreifend eine Nichtraucherschutz-Initiative zu ergreifen. Sie schlagen den Entwurf eines Antrags „Nichtraucherschutz in Sachsen gewährleisten“ vor und wünschen sich Hinweise und Änderungsvorschläge. Ziel ist ein generelles Rauchverbot in Arbeitsstätten, öffentlichen Verkehrsmitteln und an anderen Orten öffentlichen Lebens.

14. November

Leipzig. Mitarbeiter der Wasserwerke demonstrieren gegen drohende Privatisierung kommunalen Eigentums. Ein Autokorso von mehr als hundert Müllmännern blockiert den Innenstadtring.

Dresden. Die NPD-Landtagsfraktion schließt ihren Abgeordneten Klaus-Jürgen Menzel wegen „finanzieller Unregelmäßigkeiten“ aus. Er hatte sich offen zu Hitler bekannt.

Chemnitz. Gegen den früheren Chef des Stollberger Arbeitsamtes beginnt ein Prozess wegen Verdachts auf Untreue. Er soll in 617 Fällen Vermittlungserfolge einer privaten Firma vorgestaut und dafür Prämien erhalten haben.

Dresden. Sachsens Landräte stimmen den Beschlüssen des Lenkungsausschusses zur Kreiseinteilung mehrheitlich zu. Die Kreisnamen sollen vor Ort diskutiert werden.

15. November

Leipzig. Vor dem Rathaus protestieren Stadtwerker gegen die Veräußerung ihres Unternehmens (Seite 3).

Die CDU-/SPD-Mehrheit des Stadtrats gibt grünes Licht für den Verkauf von bis

SACHSEN-CHRONIK

14. bis 27. November

zu 49,9 Prozent der Anteile. 34 Stadträte stimmen zu, 32 lehnen ab, zwei enthalten sich. Wolfram Leuze (Grüne) wirft OB Jung Täuschung vor: Werde noch zusätzlich ein Anteil an der Holding Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft verkauft, wäre die Stadt Minderheitengesellschafter. **Markersdorf.** Ein Zug der Regionalbahn Görlitz-Dresden überfährt rund 60 Schafe. **Dresden.** Fast ein Drittel von 232 Studiengängen sächsischer Hochschulen ist zu mehr als 120 Prozent ausgelastet, sagt die Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD). Mit dem Schlüssel von 65 Studenten je Professor sei der bundesweit übliche Zustand erreicht.

16. November

Leipzig. Sachsen erlebt den wärmsten 16. 11. seit Beginn der Wetteraufzeichnung im Jahr 1908. Von Aue meldet der

Deutsche Wetterdienst 20,8 Grad.

17. November

Schneeberg. Aue, Löbnitz, Schneeberg und Bad Schlema beschließen die Vereinigung zur neuen Stadt Silberberg bis etwa 2009.

20. November

Dresden. Prof. Peter Porsch und Ingrid Mattern von der Linksfraktion des Landtags stellen das Konzept *Investieren in Sachsens Zukunft* vor. Es schlägt starke Umschichtungen des Haushalts zugunsten sozialer und Bildungsaufgaben vor – darunter kostenloses Mittagessen für Kinder von Hartz-IV-Empfängern an Grundschulen und ein Gemeindegewestern-Programm.

21. November

Dresden. Das Unternehmen Melkus Motorsport stellt 15 Exemplare des DDR-

Rennwagens Melkus RS 1000 her, teilt der Enkel des Rennfahrers Heinz Melkus, Sepp Melkus, mit.

22. November

Dresden. Laut dimap-Umfrage befürworteten 57 Prozent der befragten Sachsen ein Verbot der NPD.

Brüssel/Dresden. Aus einer Reaktion von Ministerpräsident Milbradt geht hervor, dass die EU-Wettbewerbskommission die staatlichen Beihilfen für den Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle und die DHL-Ansiedlung überprüft.

Berlin. 50 Leipziger Gewerkschafter protestieren vor dem Sitz des DGB-Bundesvorstands gegen den geplanten Verkauf des Leipziger Volkshauses.

24. November

Dresden. Der unter Verdacht der Kinderpornografie stehende NPD-Landtagsabgeordnete Matthias Paul legt sein Mandat nieder.

27. November

Dresden. Die Linksfraktion im Landtag bringt einen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf ein, der den ökologischen Landbau stärker fördern soll (Kommentar).

In Leipzig-Lützschena steht eine von den Tafeln, die zum Nachdenken anregen sollten. Was manchmal dabei auch herauskommt, ist nicht weniger aufschlussreich: Im dortigen Ortschaftsrat wurde ein Antrag einer „Bürgerinitiative 1990“ beraten und angenommen, demzufolge dieses Denkmal umzuwidmen sei, und zwar in ein Denkmal für die Opfer von Gewaltherrschaft. Text und Signum der VVN auf der beanstandeten Tafel machen deutlich: Hier wird an einen Mann erinnert, der in Buchenwald von den Nazis ermordet wurde.

Begründung für die Umwidmung: Thälmann war nie in Lützschena und – so der Ferdinand Freiherr von Truchseß: Thälmann sei ein Freund Stalins gewesen und habe nicht nur Gutes getan ...

Wer die Empörung der Antragsteller über die Thälmann-Ehrung verstehen will, sollte sich mit dem spezifischen Flair des Ortes vertraut machen. Man bedenke nur: Bei Lesungen im Lützschenaer Stammschloss derer von Sternburg nahm außer den jetzigen jungen Schlossherren Ferdinand von Truchseß und Hubertus von Erffa „sogar“ (hört! hört!) „Prinz Alexander von Sachsen“ teil. Es fällt nicht schwer, sich die Reaktion derer vorzustellen, die ihre Ahnen seit Hunderten von Jahren auf adlige Dom- und Kriegsherren verschiedenster Couleur zurückführen können, wenn bei derlei kulturellem Genuss in illustrem Kreise auch noch proletarische Erinnerungen gepflegt werden, die so gar nicht zum gepflegten Ambiente passen.

Wenn ein Truchseß Thälmann beseitigt ...

Aber darum geht es nicht. Hier geht es darum, was auf der Tafel steht. Und da ist denn doch daran zu erinnern, dass nicht nur Thälmann für die Worte, „Hitler – das ist der Krieg“ mit seinem Leben bezahlen sollte. Für diese Wahrheit mussten über

20 Millionen Menschen sterben. Bis heute kommen Menschen um, weil die Folgen dieser Verbrechen längst noch nicht beseitigt sind. Der Herr Goerdeler, nun ja, der gehörte ja irgendwie dazu. Da fällt das Erinnern heutzutage und hierzu-

Mordakte Thälmann

Friedrich Karl Kaul (1906 -1981), NS-Opfer, moralische und juristische Instanz in der DDR, hat sich mit den Umständen der Ermordung Ernst Thälmanns auseinandergesetzt. Und nicht nur dies. Er erforschte die Justiz unterm Hakenkreuz, die skandalösen Entwicklungen im westdeutschen Justizapparat und die mangelhafte Verfolgung der Thälmann-Mörder.

Das Buch erschien erstmals vor einem Vierteljahrhundert. Rechtsanwalt Ralph Dobrawa hat die Neuauflage mit einem umfangreichen Nachwort versehen, in dem er auf die Entwicklung in den 1980er Jahren in Sachen Mordakte Thälmann und die neuesten rechtspolitischen Aspekte des KPD-Verbots näher eingeht.

Ein nützliches Buch, um die Legendenbildung vom modernen Rechtsstaat zu entlarven; und zugleich ein wertvolles Zeitdokument.

Friedrich Karl Kaul: „...ist zu exekutieren“. ein Steckbrief der deutschen Klassenjustiz. Verlag Neues Leben. Berlin 2006.186 S., 12,90 Euro)



lande nicht ganz so schwer. Thälmann aber, der Kommunist – das waren doch die, die mit dem Volksentscheid vom 30. 6. 1946 für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher sorgten. Das der da schon nicht mehr dabei sein konnte, das spielt keine Rolle. Um die Linie geht's. Wenn Goerdeler sich noch nach seiner Verhaftung zu Hitler bekennt und seine Mitstreiter zur Aufgabe auffordert – kein Thema. Thälmann aber – da geht es ums Eigentum. Das war für die alten und das bleibt auch für neue Schloss- und anderen Herren ein Synonym kommunistischer Gewaltherrschaft.

Wem das dann schon zu Denken gibt und gerade wenn es denn um Gewalt geht: Es gibt da gewisse Dinge, die noch viel weiter zurück reichen und doch von aktuellem Interesse bleiben: Im deutschen Bauernkrieg gab es einen Truchseß, der von sich Reden machte, weil ihm Wortbrüchigkeit gegen oberschwäbische und fränkischen Bauernhaufen „oft zum Siege verhalf“.

Und wenn da neuerdings so viel von neuer und Kinderarmut, von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, fehlenden Ausbildungsplätzen, von auswegloser Chancenlosigkeit, Prekarität und Ähnlichem die Rede ist, wenn die Polizei heute wieder eingesetzt wird, um Nazi-Aufmärsche zu sichern, dann ist Grund genug, über all das wirklich gründlich nachzudenken, nicht zuletzt über die Umwidmung eines Thälmanndenkmals.

DKP-GRUPPE
LEIPZIG

Wenn es immer weniger Zeitzeugen gibt ...

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“ – Heinrich Heines Zeilen aus Deutschland, ein Wintermärchen drängen sich mir auf, besonders wenn ich mir die Schlagzeilen über rechtsextreme Aktionen der letzten Tage vergegenwärtige und zugleich an die Diskussion auf einem Ende Oktober besuchten Kolloquium „Politische Bildung in Ost und West. Der Umgang mit dem antifaschistischen Grundkonsens“ denke. Es war eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Zusammenarbeit mit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig und dem Bund der Antifaschisten (BdA) Leipzig. Die Referenten aus Hannover, Berlin und Leipzig beleuchteten die Thematik aus unterschiedlich erfahrener Sozialisation, diskutierten über Begriffe wie Nationalsozialismus, Faschismus und antifaschistischen Grundkonsens, über den Umgang mit dem Antifaschismus in der DDR und nach dem Wendeherbst 1989, sowie über die unerträglichen Neonazi-Aufmärsche nicht nur in Leipzig. (Der Veranstalter bereitet eine Publikation über die Aussprache vor.)

Eine Frage, die ich mir wenige Tage nach dem Kolloquium immer wieder stelle: Sind die Bemühungen zur Vermittlung von politischer Bildung eigentlich nicht sinnlos, wenn Verwaltungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte in Ost und West rechtsextremen Kameradschaften wie der des Hamburger Neonazis Christian Worch immer wieder grünes Licht für deren Aufmärsche geben?

Mit dem gesunden Menschenverstand ist es ebenfalls nicht zu begreifen, dass die NPD erst mit Unterstützung des Oberverwaltungsgerichtes zum ersten Mal in Berlin ihren Parteitag durchführen und der NPD-Vorsitzende Udo Voigt medienwirksam die

Delegierten in der „Reichshauptstadt Berlin“ begrüßen kann und zum Abschluss des Parteitages die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen wird!

Die Gerichte, die dies genehmigen, sind laut Grundgesetz unabhängig. Aber sind sie es wirklich, wenn sie immer wieder Aufmärsche, Kundgebungen und Parteitage der Ewiggestrigen genehmigen? Es drängt sich die Meinung auf, dass die Aufmärsche der Rechtsextremen willkommen sind, um alle Gegendemonstranten in eine „linksextreme Ecke“ zu stellen, von der die eigentliche Gefahr für die Demokratie ausgehe. Leider gab es die auch am 3. Oktober 2006 in Leipzig, die Steine werfenden und Müllcontainer anzündenden Jugendlichen, die dem Ansehen des Bürgerprotestes gegen den Worch-Aufmarsch mit solchen Aktionen einen Bärendienst erweisen. Meines Erachtens muss die politische Bildung für die Jugendlichen präventiv ansetzen, mit der Aufklärung über die Verbrechen des damaligen Faschismus, um zu verhindern, dass heute wieder junge Menschen den Parolen der alten und neuen Nazis folgen. Am besten können dies die Zeitzeugen, die den Faschismus als Kinder

und Jugendliche am eigenen Leib erlebt haben. Diese Zeitzeugen sind mittlerweile ein so wertvoller Bestandteil der Erinnerungsarbeit, weil es immer weniger von ihnen gibt. Ich bin froh, dass ich einige von ihnen, wie zum Beispiel Professor Hans Lauter, Charlotte Zeitschel, Ruth Burse, Karl Hauke, Rahel und Professor Ernst Springer u. a. noch erleben kann, wie sie vor Schulklassen oder in anderen Veranstaltungen mit hohem Engagement den jungen Menschen erzählen, wie es dazu kommen konnte.

Wenn es diese Zeitzeugen in absehbarer Zeit nicht mehr geben wird, werden es vor allem die Gedenkstätten und Archive sein, aber auch Kunst, Literatur und Film, die besonders die Jugend ansprechen müssen.

Der BdA Leipzig ist immer bereit, seinen spezifischen Beitrag zur politischen Bildung durch die Unterstützung von Gedenkstättenfahrten von Jugendlichen, mit Gesprächsangeboten von Zeitzeugen sowie mit dem alternativen Stadtrundgang zu antifaschistischen Gedenkstätten im Zentrum Leipzigs zu leisten.

DR. DIETER CHITRALLA, Bund der Antifaschisten e. V., Sitz Leipzig

Der neue Gauleiter von Mecklenburg-Vorpommern heißt Udo Pastors und gibt an, er sei Juwelier in Lübtheen/Meckl. Bei Lichte besehen ist er aber Nazi und stammt aus Bad Zwischenahn in Niedersachsen. Holger Apfel, Organisator des Wahlkampfs in M-V und NPD Fraktionschef im Sächsischen Landtag kommt aus Hildesheim, Michael Andrejewski, Unterführer in Anklam, aus Baden-Baden. Stefan Köster, NPD-Landesvorsitzender und Kreistagsmitglied in Ludwigslust, ist ein Westimport aus Dortmund

undsoweiterundsofort.

Müssen wir uns Sorgen machen, daß der nationalsozialistischen Bewegung in den Altbundesländern die Luft ausgeht?

AUS: EULENSPIEGEL 11/06

Wenn uns sächsische „Nazi-Familien“ drohen ...

Aus den soeben vorgestellten Ergebnissen eines Forschungsprojektes über rechtsextreme Jugendstrukturen geht hervor, dass der weibliche Anteil in der Szene der extremen Rechten im Steigen begriffen ist. Damit lässt sich die These nicht mehr halten, dass junge Männer rechtsextreme Zusammenhänge in der Regel dann verlassen, wenn sie feste Beziehungen eingehen oder Familien gründen. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass sich ein Milieu von „Nazi-Familien“ herausbildet, wenn die Partnerin innerhalb des eigenen politischen Spektrums gewählt werden kann.

In dieser Situation ist die Kürzung der Jugendfördermittel durch die sächsische Staatsregierung eindeutig kontraproduktiv und führt langfristig zu einer Verschärfung der Probleme. Wenn es zutrifft, dass Mädchen bereits im Alter ab dreizehn Jahren in die Szene eingebunden werden, müssen pädagogische Ansätze zur Bekämpfung des Rechtsextremismus also bereits mit Beginn der Pubertät einsetzen. Die Mittel für Jugendsozialarbeit in diesem Bereich müssen deutlich erhöht werden, eine qualitative Verbesserung des Angebots ist unverzichtbar.

Für sichtbare Erfolge ist das Gießkannenprinzip bei der Mittelvergabe in der Jugendarbeit der falsche Weg. Notwendig ist es vielmehr, Schwerpunkte zu setzen, die die Ergebnisse der Studie der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in Sachsen ernst nimmt.

KERSTIN KÖDITZ, Sprecherin der Linksfraction.PDS für antifaschistische Politik

In einem soeben im Berliner Eulenspiegel Verlag, edition ost, erschienenen Sammelband „Sänger und Souffleur. Biermann, Havemann und die DDR“ (192 S., brosch., 12,90 Euro) zeichnen ost- wie westdeutsche Zeitzeugen, Aktenleser, Nachgeborene (von Ingeborg Rapoport über Jakob Moneta und Peter Hacks bis Dietrich Kittner) ein überraschend neues Bild des Vorgangs um Biermann und Havemann. Ein Buch, spannender als ein Krimi. HERAUSGEBER ROBERT ALLERTZ wirft in einem längeren Aufsatz ebenso bedenkenswerte wie brisante Fragen nach Motiven, Zielsetzung und den Nutznießern von Havemanns politischem Wirken auf. LN veröffentlicht eine stark gekürzte Leseprobe aus diesem Artikel:

... Zudem hatten die Strategen am Rhein inzwischen begriffen, daß propagandistische Frontalangriffe gegen die DDR wenig brachten; blindwütiger Antikommunismus zerschellte an der Realität. Angesichts des wachsenden Übergewichts der ostdeutschen Landsleute zum Beispiel ließ sich schwerlich die Losung von den Hungerleidern und Habenichtsen aufrechterhalten, wollte man sich nicht dem Gespött der Geschmähten ausliefern.

Weniger Ablehnung hingegen fand dezidierte Kritik, die – von solidarischem Verständnis und Nachsicht getragen – gleichsam als Hinweis zur Verbesserung des Realsozialismus galt. Denn die Idee des Sozialismus wurde von immer mehr Menschen als vernünftig begriffen. Und da dieser auch als fortschreitender Prozeß gesehen wurde, in welchem Hemmendes sukzessive überwunden werden sollte – die Muttermale der alten Gesellschaft, aus der man kam, und die Kinderkrankheiten der neuen, die man gestaltete –, war man konstruktiven Ratschlägen durchaus aufgeschlossen.

So fanden im Westen bald jene im Osten, die den Sozialismus „von kommunistischen Positionen“ aus kritisierten, um ihn zu verbessern, mindestens soviel Aufmerksamkeit und Unterstützung wie dessen erklärte Gegner, die man ebenfalls unverändert protegierte. „Wir sagten: Wir sind die Kommunisten, und ihr im Politbüro seid die Antikommunisten. Ihr seid Konterrevolutionäre, und wir sind die Revolutionäre“, erklärte Biermann im Nachgang den vermeintlichen Paradigmenwechsel. Unterstellt, daß die „inneren Kritiker“ der sozialistischen Gesellschaft tatsächlich deren Fortschritt und nicht ihre Beseitigung wollten: Objektiv arbeiteten sie damit der Gegenseite zu. Absicht und Resultat ihres Engagements gingen auch hier auseinander.

Das ist die wohlmeinende Interpretation, die Naivität vor den Vorsatz stellt. Robert Havemann mußte sich vom Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB) im Frühjahr 1964 vorhalten lassen: „Wissen Sie, mir schmeckt etwas nicht an Ihren Ausführungen: Ihre Naivität. Ihre ungläubliche Naivität. (...) Wir sollen Erzieher unserer Studenten sein. Sie selbst waren Prorektor für Studienangelegenheiten. Wenn der naivste Student auf solche Sachen hereinfällt, würde ich sagen, der hat nicht genügend Intelligenz, ein Studium zu beginnen.“

Die Vorhaltung stammt aus dem Protokoll des Disziplinarverfahrens, das an der HUB gegen Havemann geführt wurde, weil im Hamburger Echo am

Abend am 6. März 1964 ein Interview erschienen war, in welchem Havemann sich über dieses und jenes, aber eben auch über Arbeitsprobleme geäußert hatte. Das fand sein Arbeitgeber, die Universität, mehr als illoyal ...

Robert Havemann war der Annahme, daß er Objekt, nicht Subjekt gewesen sei. An einer Stelle sagte er sogar: „Ich möchte feststellen, daß es sich um ein offensichtlich geplantes Unternehmen eines westlichen Geheimdienstes handelt, das die Absicht hatte, den Streit um meine Vorlesungen zu benutzen, ihre Interessen zu verfolgen. Deshalb sind solche Äußerungen in der Westpresse erschienen.“

Havemanns Behauptung ist vermutlich so zutreffend wie frei: Sie wurde ihm nicht abgenötigt oder gar erzwungen.

Magnifizenz reagierte ein wenig süffisant auf die – vermeintliche oder tatsächliche – Unbedarftheit seines Kollegen. „Ich bin politisch nicht so erfahren wie Sie, Herr Havemann“, merkt er an, doch auch er

Nach seiner Befreiung aus der Todeszelle in Brandenburg-Görden wurde Havemann Verwaltungsdirektor im Krankenhaus Berlin-Britz, dann Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie Berlin-Dahlem. Auch damals habe er Antrag auf Aufnahme in die Partei gestellt. Doch Otto Winzer, Josef Naas und Erich Ziegler hätten ihm mitgeteilt, „daß meine Parteimitgliedschaft geheim bleiben müßte wegen der Amerikaner“, berichtete er in einem handschriftlichen Lebenslauf vom 9. April 1954. „Später wurde durch die Partei eine Verbindung zu sowjetischen Genossen hergestellt. Während der nun folgenden Zeit arbeitete ich politisch im Auftrag der sowjetischen Genossen; über den Inhalt und die Ergebnisse dieser Arbeit kann ich hier keine Mitteilung machen.“

Nicht jeder Mitarbeiter der Komintern, der in Deutschland arbeitete, wird für die sowjetische Aufklärung tätig gewesen sein. Doch die Annahme scheint nicht abwegig, daß Havemann als 21-jähriger

gruppe „Neu Beginnen“ interessiert war. (Havemann trug dort den Decknamen „Glassner“.) Die Überlebenden fanden sich 1945 in der SPD und gerieten offenkundig als politisch aktive Gruppe ins Visier der östlichen (wie auch der westlichen) Aufklärung. In einem handschriftlichen Lebenslauf vom 15. Dezember 1951 urteilte Havemann über „Neu Beginnen“, daß deren Mitglieder „eine erhebliche Rolle in der SPD spielen. Diese Gruppe ist heute eine reine amerikanische Agentenorganisation“. Damit war alles gesagt. Havemanns Engagement für die östlichen Dienste gestattet Rückschlüsse auf die Zeit und seine Überzeugung und ist keineswegs ehrenrührig. Im Gegenteil. Wenn es da nicht noch etwas gäbe.

In dem von Havemann am 9. April 1954 verfaßten Lebenslauf hieß es: „Im Jahre 1948 wurde ich auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung fristlos aus meiner Stellung als Leiter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entlassen. Als

Schaf im Schafsfell?

Der Fall Robert Havemann: Neue Quellenfunde werfen brisante Fragen nach Motiven und Nutznießern seines Wirkens auf

Von Robert Allertz

habe schon vergleichbar „komplizierte Verhandlungen“ führen müssen. Er erinnerte an ein Gespräch mit dem Rektor der Göttinger Universität in dessen Amtszimmer. Als man zu bestimmten Themen gekommen sei, habe der ihm vorgeschlagen: „Herr Kollege, wir wollen doch lieber in einen anderen Raum gehen, ich weiß nicht genau, wie der Verfassungsschutz arbeitet.“

Er jedenfalls, so Schröder, würde „höchste Aufmerksamkeit walten lassen“, wenn „so ein Westfritze“ daherkomme. Havemann hätte gut daran getan, es ebenfalls so zu halten, dann müßte er jetzt nicht feststellen: „Auf meinem Rücken wird das alles ausgetragen, ich muß Stellung beziehen, ich bin verblendet gewesen, ich habe keine Sorgfalt walten lassen.“

Also unterstellt, der Kommunist Robert Havemann kritisierte die DDR auf seine Weise einzig zu dem Zweck, sie zu entwickeln: Dann mußte man ihm ein hohes Maß an Blauäugigkeit konzedieren. Das Schaf im Schafsfell also. Doch wenn einer wie er auch noch die internationalen und die nationalen Rahmenbedingungen derart ignorierte, war er entweder dumm und für die Politik ungeeignet. Oder er war ein selbststüchtiger Hasardeur. Oder einer, der im Auftrag anderer arbeitete. Diese Einschätzung wäre dann weniger wohlmeinend, aber eventuell näher an der Wahrheit. Ein Wolf im Schafsfell also?

Immer schon mit Geheimdiensten liiert

Robert Hans Günter Havemann, Jahrgang 1910, kam in München zur Welt, besuchte in Hannover und Bielefeld die Schule und studierte in München und Berlin. Er bekam 1931/32 Kontakt zur KPD und war laut Selbstauskunft nur deshalb nicht deren Mitglied geworden, weil ihm eine für die Komintern tätige Genossin davon abgeraten habe: Man brauchte seine Wohnung als illegales Quartier für ausländische Genossen. Anfang 1933 habe, so Havemann, der Bulgare Taneff bei ihm gewohnt, der ihm aber namentlich erst bekannt wurde, als dieser neben Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß auf der Anklagebank gesessen habe.

Student vom sowjetischen Nachrichtendienst angesprochen, vielleicht sogar angeworben wurde. Die Vermutung wird in seinem Anwerbungspapier als IM „Leitz“ vom 23. Februar 1956 bestärkt. MfS-Unterteilnehmer Richter von der Abt. VI vermerkt darin, daß der Geheime Informator (GI) „bereits seit 1953 für unser Organ als Kontaktperson“ tätig sei und „wertvolle Hinweise und Informationen über sein Institut und verschiedene Wissenschaftler“ gebracht habe. „Vorher arbeitete er jahrelang mit einer sowjetischen Dienststelle zusammen.“

Es kann also mit einiger Sicherheit davon ausgegangen werden, daß Havemann etwa zwei Jahrzehnte für die sowjetische Aufklärung tätig war. Diese Personen waren für das MfS tabu – erst nachdem die Zusammenarbeit endete, durfte sich der DDR-Dienst um sie bemühen. Die Aufklärer wurden gleichsam weitergereicht. „Die Anwerbung erfolgte während eines Treffs am 24. 2. 1956 in seiner Wohnung.“

Die Verbindung mit dem MfS ist in über 60 Treffberichten dokumentiert; er habe „auch belastende Informationen über ihm bekannte Personen aus beruflichem, politischem und privatem Umfeld“ geliefert, konstatierte die Gauck-Birthler-Behörde. „Aus den MfS-Akten ist nicht ersichtlich, daß sich Robert Havemann der Zusammenarbeit mit dem MfS entzogen hätte oder dies beabsichtigte.“ Ein Doppelagent?

Es ist wahrscheinlich, daß die sowjetische Aufklärung insbesondere an seinen Kontakten zu Mitgliedern der 1933 entstandenen Oppositions- und Widerstands-



Grund wurde die Verletzung des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 (Forschungskontrolle) angegeben. Ich durfte jedoch meine Stellung als Abteilungsleiter im Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie behalten. Inzwischen wurden vom amerikanischen Geheimdienst alle Westberliner politischen Stellen vor mir gewarnt, sodaß ich meine konspirative Arbeit schließlich nicht mehr fortsetzen konnte. Mit Genehmigung meiner sowjetischen Verbindungsstellen trat ich nun langsam wieder politisch hervor; betätigte mich aktiv in der Friedensbewegung und wurde 1950 aufgrund eines Artikels über die Trumanische Wasserstoffbombe, der im ND erschien, vom Westberliner Magistrat fristlos entlassen und erhielt Verbot, das Institut zu betreten. Im Friedenskampf in Westberlin wurde ich zweimal verhaftet.“ Das klingt überzeugend und logisch. Wäre da nicht jenes Detail, das Havemann hier verschwie, aber in einem früheren Lebenslauf am 30. Juni 1951 verriet: Nach 1945 sei es ihm gelungen, „über ehemalige Mitglieder der Neu-Beginnen-Gruppe sehr wichtige Beziehungen zur Westberliner SPD und den sie anleitenden Stellen des amerikanischen Geheimdienstes herzustellen. Lange Zeit

gelang mir die Täuschung sehr vollkommen. Erst Ende 1947 schöpfte der Geheimdienst Verdacht und schickte mich ‚zur Erholung‘ in die Schweiz. Anfang 1948 wurde ich durch amerikanische Verfügung meines Amtes enthoben. Alle Verbindungen mit mir wurden abgebrochen.“

Die Amerikaner schickten ihn also, als sie Verdacht schöpften, in die Schweiz? Andere Dienste pflegten in vergleichbaren Fällen anders zu handeln, von einem Erholungsurlaub in der Schweiz las man noch nie.

Bei der Befragung durch eine Kommission zur Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED 1951 gab Havemann zu Protokoll, „daß er 1945 von einem Mitarbeiter des CIC angesprochen und gefragt worden sei, ob er nicht Kontakt mit der Gruppe ‚Neu Beginnen‘ aufnehmen wolle“ (Die CIC – Army Counterintelligence Corps – war die Gegen-espionageabteilung des US-Armee-Geheimdienstes.)

Könnte es also sein, daß Havemann 1945 auch von den Amerikanern angeworben wurde?

Das hätte seiner hypertrophierten Eitelkeit gewiß geschmeichelt, auch von der anderen großen Siegermacht umworben zu werden. Denn eben dieser Charakterzug trat überdeutlich an ihm hervor und bestimmte sein Handeln.

Rechnet man seine Tätigkeit als militärischer und politisch-polizeilicher Abwehrbeauftragter am Kaiser-Wilhelm-Institut bis zu seiner Verhaftung 1943 hinzu (und diese Funktion übernahm er mindestens mit Billigung von zwei faschistischen Geheimdiensten, der Abwehr und der Gestapo), muß man besorgt fragen, ob er sich nicht doch ein wenig überschätzte, mehrere Tiger auf einmal reiten und sie auch beherrschen zu können?

Im Dienste der Nazis und des Westens

Das MfS suchte in Erfahrung zu bringen, ob Havemann mit den Nazis paktierte. Das gelang nicht, es fanden sich keine stichhaltigen Belege für eine Kollaboration. Und deshalb unterließ es das MfS, Havemann mit einem Anfangsverdacht zu denunzieren.

Ungeachtet aller bekannten Fakten und Vermutungen bleiben wir einmal bei der abwegigen Hypothese: Robert Havemann war ein politischer Naivling. Seine Dienste für diverse Dienste leistete er in dem Glauben, „daß auch eine Geheimpolizei im Interesse einer emanzipatorischen Politik nützlich wäre“. Dafür wurde ihm postum – im Unterschied zu anderen Personen, die nicht anders handelten – Absolution von seinen Jüngern erteilt. Denn: „Er hat sich geirrt. Er hat sich geschämt.“

Doch trotz Naivität und Scham: Havemann war objektiv in die Strategie des Westens eingebunden, die DDR zu schwächen und ihr den Garaus zu machen.

Am 6. März 1964 erschien im *Hamburger Echo am Abend* das bereits erwähnte Havemann-Interview mit Karl-Heinz Neß. Weil darin auch Forschungsergebnisse ausgeplaudert wurden, zog Havemanns Arbeitgeber rechtliche Konsequenzen: Entlassung. Ein derart schwerwiegender Vorwurf hatte natürlich auch politische Konsequenzen: Ausschluß aus der SED. Beides geschah am 12. März 1964. Trotzdem bekam Robert Havemann eine Forschungsstelle bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) mit einem „Sondergehalt von 4000,00 Mark“ zugewiesen, die er am 1. April 1964 antrat. Zur gleichen Zeit ver-

handelte er mit Rowohl in Hamburg über die Edition seiner Vorlesungen an der Humboldt-Universität. Der lukrative Vertrag wurde am 5. Mai 1964 geschlossen, das Buch mit den 168 Seiten erschien noch im gleichen Jahr unter dem Titel „Dialektik ohne Dogma“.

Das ND meldete am 25. Dezember 1965: „Prof. Dr. Robert Havemann wurde mit sofortiger Wirkung von der Leitung der Arbeitsstelle für Fotochemie der Forschungsgemeinschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin entbunden und aus seinem Arbeitsverhältnis entlassen, weil er Handlungen begangen hat, die mit seiner Dienststellung und dem Ansehen der DAW nicht zu vereinbaren sind.“ Der *Hamburger Spiegel* hatte in seiner Ausgabe 52/1965 Havemanns „Plädoyer für eine neue KPD“ publiziert.

Bereits in der nächsten Ausgabe legte man in Hamburg nach und höhnte über Ulbricht, der Havemanns Beitrag als Arbeit „auf Bestellung einiger westdeutscher Agenturen und des Bonner Gesamtdeutschen Ministeriums“ bezeichnet hatte. Allerdings räumte schon wenig später der BRD-Schriftsteller Rudolf Jungnickel in der *Frankfurter Rundschau*

Also unterstellt, der Kommunist Robert Havemann kritisierte die DDR auf seine Weise einzig zu dem Zweck, sie zu entwickeln: Dann mußte man ihm ein hohes Maß an Blauäugigkeit konzederen. Das Schaf im Schafsfell also. Doch wenn einer wie er auch noch die internationalen und die nationalen Rahmenbedingungen derart ignorierte, war er entweder dumm und für die Politik ungeeignet. Oder er war ein selbstsüchtiger Hasardeur. Oder einer, der im Auftrag anderer arbeitete. Diese Einschätzung wäre dann weniger wohlmeinend, aber eventuell näher an der Wahrheit. Ein Wolf im Schafsfell also?

ein, daß Havemanns Beitrag „auf meine – wirklich und wahrhaftige alleinige – Anregung zurückgeht“. In seiner Ruhmsucht bestätigte er indirekt, was Ulbricht unterstellt hatte.

Doch es war noch heißer als vermutet. Havemann beschwerte sich bei Rudolf Augstein, daß ein gravierender Zusatz von fremder Hand angebracht worden sei. „Von der Fälschung des Artikels durch Hinzufügung eines nicht von mir stammenden Satzes, der die Gründung einer neuen SPD in der DDR empfiehlt, habe ich die Redaktion bereits telegraphisch unterrichtet und um Richtigstellung gebeten. Ich weiß nicht, von wem diese Fälschung stammt. Ich bin aber überzeugt, daß Sie meine Empörung verstehen – es handelt sich schließlich nicht um eine politische Bagatelle.“ Das Nachrichtenmagazin antwortete in der dem Hause eigenen blasierten Weise: „Ob tatsächlich eine Fälschung vorgenommen worden ist und – wenn dies der Fall wäre – wer sie vorgenommen haben könnte, weiß der Spiegel nicht.“

Der Philologe Prof. Werner Hartke, seit 1958 Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und bis Jahresende 1965 Havemanns Arbeitgeber, begründete Havemanns Ausschluß aus der Akademie. Hartkes als „vertraulich“ klassifizierter Bericht erschien am 18. März 1966 in der *Zeit* und konterkarierte damit seine darin getroffene Feststellung, die an Havemanns Adresse gerichtet war: „Offenheit ist nicht identisch mit Öffentlichkeit.“ Hartke beschrieb das, was der „naive“ Kommunist Havemann offenkundig noch immer nicht wahrhaben wollte: „Zweiter Gesichtspunkt, unter dem die Angelegenheit Havemann zu betrachten ist, ist die politische Machtfrage, die auch von uns klar gesehen werden muß. Herr Havemann hat wiederholt in der letzten Zeit, zum Teil

verquickt mit politischen Spekulationen, politische Machtfragen aufgegriffen und Alternativen zur bestehenden politischen Ordnung der DDR aufgestellt.“

Hier ist nicht der Raum, die Auseinandersetzung mit Havemann im Detail zu dokumentieren, der er sich im übrigen meist zu entziehen verstand. Als er beispielsweise im Dezember 1962 auf einem Kulturforum der HUB erklärte, daß die DDR-Wirtschaft auf Chaos und Zerstörung zusteure, und daß es eigentlich noch viel schlimmer sei, als das, was er sage, erntete er Nachfragen. Daraufhin räumte er ein, „daß er nur geringe Kenntnisse ... der Ökonomie und der wirtschaftlichen Zusammenhänge habe“. Zweifellos traf zu, daß die politische Auseinandersetzung mit Havemann sehr scharf, vielleicht zu scharf und prinzipiell geführt wurde. Drei Jahre nach dem Mauerbau konnte man vermutlich souveräner sein. Der Berliner SED-Bezirkschef Paul Verner hielt aber wohl nicht unbegründet Havemann vor, er spiele „sich als Vorkämpfer gegen Dogmatismus und Enge auf“, die er darin sehe, „daß die Partei andere Beschlüsse gefaßt hat und faßt, als er es wünscht“.

Und auf dem 11. Plenum im Dezember 1965 erklärte Verner: „Wer von unseren erbitterten Gegnern als ‚hervorragender Sozialist und Kommunist‘ gefeiert wird“, müsse sich fragen lassen, was er getan habe, um diese Anerkennung zu verdienen. Schließlich gelte noch immer der alte Bebel-Satz: Wenn mich meine Feinde loben, muß ich etwas falsch gemacht haben“.

Protektion als Provokation

Biermann und Havemann wurden im Westen mit der Maßgabe protegiert, daß es irgendwann zum Knall kommen mußte. Und die Führung der DDR, mit politischer Blindheit geschlagen, durchschaute dies nicht. Mit Havemann und Biermann glaubte sie ein operatives Problem zu haben, kein strategisch-politisches.

Für die Lösung operativer Probleme war das MfS zuständig.

Das war der nächste Fehler. Jede zugehaltene Kamera, jede Gesprächsverweigerung, jedes zur Maske erstarrte Gesicht eines Volkspolizisten, das über den Bildschirm flimmerte, war eine Anklage: Seht her, so geht das System drüben mit seinen Bürgern um: repressiv, grausam, undemokratisch. Und 1976 sogar das: Rauswurf und Entzug der Staatsbürgerschaft!

Am 27. Februar 1950 war Havemann vom (West-)Berliner Stadtrat May suspendiert worden. Der Absender des denkwürdigen Schreibens lautete: Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Volksbildung, Berlin-Charlottenburg, Messe-damm 4–6. Es soll vollständig zitiert werden, weil es nicht nur den in der geteilten Stadt herrschenden Geist sichtbar macht, sondern auch, daß diese Ungeheuerlichkeit weitaus weniger Nachhall und Verurteilung erfuhr als vergleichbare Petitionen aus dem anderen Teil Berlins.

„Betr.: Ihre Tätigkeit in der Forschungs-

gruppe Dahlem

Ich habe mit Bedauern festgestellt, daß Sie das Neue Deutschland zu Ihrem Publikationsorgan gewählt haben (s. Ausgabe 5.2.50), d. h. die Berliner Tageszeitung, die systematisch die freiheitliche Bevölkerung Berlins und ihre Körperschaften mit Schmutz bewirft. Besonders die Einleitung Ihres Aufsatzes zeigt eine auffallende Anpassung an die im Neuen Deutschland übliche Terminologie.

Ich kann nur einen von Ihnen bewußt herbeigeführten Affront erblicken, mit dem Sie das Vertrauen zerstören, daß ich als Voraussetzung für Ihre Tätigkeit an einem Dahlemer Institut für unerläßlich halte. Ich suspendiere Sie daher mit sofortiger Wirkung von Ihrer Tätigkeit und Ihren sämtlichen Funktionen innerhalb der Forschungsgruppe Dahlem.

Ihre Suspendierung schließt das Verbot des Betretens der Institutsräume ein.“

Ein Vierteljahrhundert später sann man, diesmal am Werderschen Markt im Ostteil Berlins, erneut über eine Suspendierung nach. An sie muß ebenfalls erinnert werden, weil sie zur historischen Wahrheit gehört. Und gewiß kennt kaum einer das Faktum, weshalb es hier vermutlich erstmals offenbart sein soll: Am 24. Juni 1975, also knapp anderthalb Jahre vor Biermanns Rauswurf, behandelte das Politbüro unter Tagesordnungspunkt neun die „Angelegenheit Havemann“. Das Protokoll weist Erich Honecker als Berichterstatter aus. Das sogenannte Reinschriftenprotokoll vermerkt dazu:

„1. Das Politbüro nimmt zur Kenntnis, daß Havemann mit seinem Auftreten in westlichen Publikationsorganen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR Handlungen begeht, die objektiv und subjektiv den Tatbestand des schweren Falls staatsfeindlicher Hetze, § 106, Abs. 1, Ziffer 1 des Strafgesetzbuches, erfüllen.

Ausgehend von der dargelegten strafrechtlichen Verantwortung wird – wie das Politbüro zur Kenntnis nimmt – Havemann durch den zuständigen Staatsanwalt der Abteilung I beim Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin in mündlicher Form vorgeladen.

Im Rahmen der zu führenden Aussprache wird ihm mitgeteilt, daß bisher von einem Ermittlungsverfahren gegen ihn abgesehen wurde, weil er während der Nazizeit in Haft war, daß aber bei Fortführung seiner gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten Handlungen im Zusammenhang mit dem Auftreten in westlichen Publikationen strafrechtliche Maßnahmen gegen ihn eingeleitet werden müssen.

2. Das Politbüro nimmt zur Kenntnis, daß, falls Havemann diese Warnung nicht versteht, die zuständigen Organe der DDR, ausgehend von seinen feindlichen Angriffen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR, seine Ausweisung aus der DDR entsprechend § 13 des Staatsbürgergesetzes vornehmen und daß innerhalb der gesetzlich zulässigen Frist von 24 Stunden Havemann mitgeteilt wird, daß er aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen wird und von den zuständigen Organen über die Staatsgrenze zu setzen ist.“

Das Gespräch des „zuständigen Staatsanwalts“ fand vermutlich nie statt, sonst hätte man davon Notiz genommen. Das mindert nicht den Skandal, der aber nur gemeinsam mit dem von 1950 bewertet werden darf, wenn man sich seriös mit der deutsch-deutschen Vergangenheit auseinandersetzt.

Nach einigen Jahren Wagner-Abstinenz holt die Oper Leipzig Versäumtes nach. Der Neuinszenierung des „Parsifal“ im April folgte im Sommer die Wiederaufnahme von „Tristan und Isolde“. Nun erlebte kurz vor der zeitweiligen Schließung des Zuschauerraumes „Lohengrin“ eine Neuinszenierung und im Herbst 2007 soll mit „Rienzi“ eröffnet werden. Der starke Beifall und Zuspruch für „Lohengrin“ dürfte die Opernleitung

Von **WERNER WOLF**

ermutigen, mit dem Blick auf den 200. Geburtstag des 1813 in Leipzig geborenen Komponisten weitere Werke in den Spielplan aufzunehmen. Lebhaftige Zustimmung kam diesmal von der großen Mehrheit der Opernbesucher. Es herrschte Freude darüber, dass der Regisseur Steffen Piontek, Intendant des Theaters Rostock und Meisterschüler von Joachim Herz, den Mut besaß, das Stück so zu inszenieren, wie es sich der Autor in etwa gedacht hat.

Piontek versteht das Werk als ein Kunstmärchen, die Verzauberung (das heißt Entführung) des erst am Schluss auftauchenden brabantischen Herzog-

Glanzvoller „Lohengrin“

sohnes Gottfried, das Verbot, nach Lohengrins Herkunft zu fragen als Kunstgriffe.

Entsprechend lenkt der Regisseur nach dem Auftreten des Königs Heinrich I. mit der Aufforderung, Truppen gegen die das Land bedrohenden Ungarn zu stellen, die Aufmerksamkeit auf das von Lüge und Intrige geförderte Streben des brabantischen Grafen Telramund nach mehr Besitz und Macht. Telramunds Frau Ortrud, die Wagner als „eine Reaktionärin, eine nur auf das Alte bedachte und allem Neuen Feindgesinnte“ bezeichnete, erkennt als treibende Kraft schnell, dass das Frageverbot die Möglichkeit bietet, die des Brudermords angeklagte Herzogstochter Elsa ins Verhängnis zu stürzen.

Steffen Piontek lässt das Geschehen aus guten Gründen, wie von Wagner vorgege-

ben, zur Herrschaftszeit des ersten deutschen Königs Heinrich I. um 930 spielen. Er führt die Protagonisten und die Chorgruppen der Brabanter und Sachsen

der bezwingenden szenischen und musikalischen Dramaturgie Wagners entsprechend mit ihrem genau kalkulierten Wechsel von Aktion, Bericht und Reflexion. Damit schafft er erregende Auseinandersetzungen und eindrucksvolle Bilder.

Die Hauptakteure zeichnen sich durch ein spannungsgeladenes Mit- und Gegeneinander aus. Zur Ernennung des entzauberten, zum Führer ernannten kindlichen neuen Herzogs Gottfried setzt der Regisseur ein Fragezeichen: Gottfried geht nach Elsas Zusammenbruch auf die sich von Telramunds Bahre erhebende Ortrud zu.

Den Grundbau der Bühneneinrichtung Hartmut Schöngdorfers bildet eine mäßig ansteigende, wellige Fläche. Projektionen und Beleuchtung schaffen verschiedene Stimmungen.

Eine metallene, nicht unbedingt in die Zeit passende Wendeltreppe gliedert im zweiten Aufzug die Bühne und ermöglicht wirkungsvolle Anordnungen. Die historisierenden Kostüme Joachim Herzogs entsprechen Wagners Forderung nach „sehr einfacher Kleidung aller, auch des Königs, ohne Prunk“. Nur Lohengrin darf in glänzender Silberrüstung erscheinen.

Mit Stefan Vinke besitzt die Oper Leipzig einen idealen Lohengrin, der die Partie mit lyrischer Schönheit reich nuanciert und textverständlich gestaltet. Ebenso beeindruckt Hillevi Martinpelto als Elsa. Mit betörender Ausdruckskraft und Klangkultur gestaltet Lioba Braun die Partie der Ortrud. Sergei Leiferkus hält als Telramund weitgehend mit.

Mit Stimmkraft mimit James Moellenhoff den König Heinrich. Überzeugend Jason Stearns als Heerrufer. Großes Lob verdienen der von Sören Eckhoff vorbereitete Chor und der Extrachor. Mit dem ab Spielzeit 2007 als Musikdirektor und Stellvertreter Riccardo Chaillys in der Oper gewonnenen Dirigenten Axel Kober hat das Haus einen jungen Künstler gewonnen, der viele Erwartung weckt.

Nach dem jetzigen Gewandhauskapellmeister Riccardo Chailly standen nun die beiden Vorgänger am Pult. Kurt Masur waren während seiner Leipziger Zeit schon einige außergewöhnliche Aufführungen der sechsten Sinfonie von Peter Tschaikowski zu danken.

Doch die diesmalige Gestaltung überragte alle bisherigen. Der Dirigent strahlte geradezu magische

Kräfte auf das Orchester aus und nahm wiederum dessen Impulse auf. So kongenial gestaltet, so aufwühlend und erschütternd war das Werk in Gewandhauskonzerten nach 1945 nur vor genau 45 Jahren zu erleben, als Konwitschny es zum letzten Male dirigierte.

Nachhaltige Eindrücke erweckte auch das Jubiläumskonzert mit Herbert Blomstedt. Seine Bruckner-Interpretation war in seinen ersten Amtsjahren betont auf Durchdringung der Struktur und der Linearität gerichtet. Die aber verband er dann zunehmend mit Klangschönheit. So versetzte er mit der „Siebenten“ die Konzertbesucher mit klarer und klangprächtiger Gestaltung in Entzücken. Seinen Einsatz für die Klassiker des 20. Jahrhunderts dokumentierte er mit der Wiederaufführung des Konzerts für Klavier und Blasinstrumente von Igor Strawinsky, wie damals mit dem Pianisten Rudolf Serkin.

Auch die Mendelssohn-Hochschule wartete mit einem außergewöhnlichen Konzert auf. Im ersten Teil musizierte der 1947 geborene Amerikaner Richie (Richard Aron) Beirach mit der von Michael Köhler geleiteten Bigband der Hochschule und solistisch quasi improvisatorisch. Dann erklangen mitreißend die

ersten drei Sektionen aus Duke Ellingtons „Night Creature“. Nach der Pause interpretierte die Kammerphilharmonie Leipzig unter Michael Köhlers exakter und energischer Leitung Schostakowitschs „Zehnte“ höchst eindrucksvoll.

In den vier Chorkonzerten der letzten beiden Wochen brachte das zweite Rundfunkkonzert eine großartige

Entdeckung: das 1930/33 für einen Sabbat-Morgengottesdienst geschriebene „Avodath Hakodesh“ des 1880 in der Schweiz geborenen, 1959 in seiner zweiten amerikanischen Heimat gestorbenen Ernest Bloch. Dieser bekenntnishafte oratorische Gottesdienst besitzt das Format einer katholischen Missa solennis. Es ist eine zur Besinnung mahnende, zu Herzen gehende, auch nicht kirchlich gebundene Hörer tief bewegende Musik ganz eigener Prägung. Der Dirigent Roman Kofman führte den von Howard Arman einstudierten Rundfunkchor, das MDR-Sinfonieorchester und den Solisten Egbert Junghans zu einer großartigen und nachhaltigen Interpretation.

Die innere Bewegtheit des Singens und Musizierens bestimmte die Aufführung des Requiems von Giuseppe Verdi durch den Leipziger Universitätschor, das Leipziger Vocalensemble, das Mendelssohnorchester und die miteinander harmonisierenden Solisten Antje Perscholka, Klaudia Zeiner, Seung-Hyun Kim, Jochen Kupfer unter der beflügelnden Leitung des Universitätsmusikdirektors David Timm.

• **W. W. / G. H.**

Sternstunde mit Masur

Dieser Tage gab es wirklich zu Hauf Fernseh-Peinlichkeiten. Eigentlich sollte man so etwas übersehen, aber es gelingt immer weniger. Höchstens dann, wenn man den Bildschirm gar nicht erst anschaltet. Da macht sich eine, auch politische Unkultur breit, dass einem Hören und Sehen vergeht. Ich hoffe, Sie überhörten die Duett-Varianten von Sängern und Nicht-Sängern letztthin in der ARD. Natürlich mit Pilawa und über mehrere Stunden gedehnt. Merkt denn keiner, dass der 103-jährige Heesters auf keine Bühne mehr gehört. Vor allem seine so viel jüngere Frau hätte ihm doch die Peinlichkeit ersparen können. Und dass sie überhaupt keinen Ton singen kann, wir haben es gehört ... zur besten Sendezeit am Samstagabend. Ob die Herrschaften uns umsonst oder gegen Gage geärgert haben, auf jeden Fall kostet es über Gebühr Gebühren. Viele Gebührensahler haben an einem anderen Samstagabend gezappt und die Peinlichkeit des Boxers Axel erlebt. Nun kann er sich ja so oft und so lang verdreschen lassen, wie er möchte,

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Peinlichkeiten

Von **MICHAEL ZOCK**

aber was sagt das über ein Mediensystem aus, das ihm dafür noch einen Millionenscheck hinblättert und nebenbei am Ring Interviews mit Boxern führt, denen Tage zuvor ihr Mundwerk so zerkloppt wurde, dass es nun stählern ist. Man könnte lachen, wenn es nicht zum Heulen wäre. Das Lachen verging einem anderen „Haudrauf“, der dieser Tage bei Frau Sabine zu Gast war. Gewalt an den Schulen war das Thema und jener deutsche Nichtschauspieler Möller mit dem dreifachen Bizeps produzierte sich als „Gutmensch“, der mit der Familienministerin,

ständig nannte er ihren Namen, darum muss ich es nicht tun, von Schule zu Schule reist. Er will den Kids zeigen, wo es in dieser Gesellschaft lang geht.

„Durchsetzen muss man sich und sich nichts gefallen lassen.“ Seine lächelnden Gesichtszüge entgleisten erst dann, als Frau Sabine ihn mit einem seiner Brutalo-Müll-Möller-Filme konfrontierte. Peinlich für ihn ... und die nicht anwesende Ministerin.

Dass inzwischen Politikerkarrieren oft ohne gesellschaftliche Hintergründe dargestellt werden, war jetzt wieder beim Halleschen Verbrecher Heydrich zu erleben. Wie hat der mdr sich Mühe gegeben, um da auch alle Familienverhältnisse zu durchleuchten und frühere Spielkameraden zu befragen. Ja, diese Dokumentationen werden auch immer „brisanter“, sprich boulevardesker. Peinlich auch der Versuch, in gleicher Doku-Serie, Walter Ulbricht erneut allein für den Bau der Berliner Mauer zu steinigen. Danach gab es Bier auf dem Schirm ... vom Sponsor.

Zynismus

DIE ABSICHT ist erkennbar, der gute Wille auch. Doch dies reicht nicht. So ergeht es der 1971 in Salzburg geborenen Kathrin Röggla mit „Draußen tobt die Dunkelziffer“. Derzeit im Lindenfels als Gastspiel des Schauspiels Leipzig zu sehen. Eine Schuldenspirale soll gesellschaftskritisch aufgearbeitet werden. Der lockere Handlungsfaden setzt auf Collage. Doch das geht nicht auf. Symptome werden für Ursachen gehalten, Schulden und Schuld werden subjektiviert, statt sie zu hinterfragen. Ein leibhaftiger Deutsche-Bank-Ackermann mit Sieges-Gestik erhellt kaum. Kathrin Röggla stellt die Unterlegenen und Getretenen bloß, gibt sie der Lächerlichkeit preis. Hungernde werden zum Spaßobjekt. Hier beginnt der Zynismus. Das satte (?) Premierenpublikum darf sich amüsieren. Regisseur Thorsten Duit überspitzt leider den Unsinn. Dazu kommen technische Probleme: Als störend erweist sich das neomodische Mikrofon-Unwesen der Schauspieler in Kombination mit knisternden Lautsprechern. Wenigstens das Programmheft ist lesbar und erhellend.

• **D. M.**



Ohne Taktgefühl: Armut als Spaßobjekt (Susanne Stein, Nora Dubilier (v.l.n.r.)). Foto: Rolf Arnold

Als Kind deutscher Kommunisten in Moskau

Der Titel ist irreführend, reine Verlagsreklame. Die Autorin, eine Historikerin, Bürgerin der Russischen Föderation, hat sich immer als Deutsche gefühlt, ist voller Stolz auf das deutsche Volk und voller Hass gegen jede Art von Faschismus. Als sie noch vor der Machtergreifung Hitlers 1931 im Alter von vier Jahren mit ihren Eltern, angesehenen Kommunisten (ihr Vater Fritz Schälike gründete 1946 den Dietz Verlag Berlin), nach Moskau kam, wusste sie nicht, dass das für immer war. Ihre Kindheit verlief im Hotel „Lux“, der berühmten Unterkunft für ausländische Funktionäre der Komintern. Das war keineswegs eine Nobelherberge für Privilegierte, wie man vermuten könnte – die mehrköpfigen Familien hatten jeweils nur ein bescheidenes Zimmer zur Verfügung, die Küche war gemeinschaftlich, nur Bettwäsche und der Putzdienst wurden gestellt. Kurzum, es war eine typisch sowjetische „Kommunalka“, wie man sie noch lange nach dem Krieg in den Städten nutzte. Von Privilegien war keine Rede, sieht man davon ab, dass die kommunistischen Emigranten anfangs zumeist noch Valuta besaßen, um im Jelisseejewski-Delikatessengeschäft nebenan einkaufen zu können. In dieser Enge wuchs das Mädchen heran, inmitten von Berühmtheiten der Arbeiterbewegung wie Georgi Dimitroff. Ihre Klassenkameraden waren Kinder von Spitzenfunktionären der Sowjetregierung, die Töchter Stalins, Molotows u. a. Aber man erfährt über sie kaum etwas.

Man darf also keine Enthüllungen oder Intima irgendwelcher Art erwarten. Was man erhält – und das macht die Bedeutung dieses Memoirenbuches aus – sind genaue Schilderungen des Moskauer Alltags kurz vor dem Krieg, dann im Krieg das Internatsleben der über 700 evakuierten Kinder von Mitarbeitern der Komintern in Waldkurort und Sacharjino an der mittelrus-

sischen Wetluga, weitab vom Schuss und vor allem entfernt von den Eltern, die mit- samt ihrer Arbeit zeitweilig nach Ufa umge- siedelt wurden, schließlich im März 1943 die Rückkehr nach Moskau.

Es ist ein Glücksfall, dass sich die Verfasserin auf dokumentarisches Material stützen kann, das sie über die Kriegswirren gerettet hat: Tagebücher, Briefe an die Eltern und Freunde. Kurze Episoden oder Porträts wechseln mit Briefen. Das macht das Ganze authentisch, auch wenn man betroffen ist, in welchem plakativ-hölzernen Politstil vor allem der Vater seiner Tochter schreibt – die Idee und die Arbeit stehen über allem, nicht die individuelle Entwicklung seiner Tochter. Der Leser erfährt einiges über Kindheitsfreuden im Sowjetland und über das freundschaftliche Zusammenleben der Jugendlichen. Mehr noch geht es aber um Hunger und Entbehrungen im Krieg, um herrschende Prüderie zwischen den Heranwachsenden und die zunehmende Verrohung im Um- gangston und schließlich um den freien Fall aus dem behüteten Hotel „Lux“ mit seinen Idealisten in die teilweise schreckliche Wirklichkeit des sowjetischen Alltags. Die Vierzehnjährige wird plötzlich zum einzigen Anlaufpunkt, zur „Mutter“ für ihre beiden jüngeren Brüder, dabei ist sie selbst noch ein Kind. Aber auch das hat sein Gutes: Die Autorin wird unglaublich selbständig und vor allem selbstbewusst.

Noch durchschaut das kleine, naiv sozialismugläubige Mädchen nicht, welche Ent- artung der sozialistischen Idee das Jahr 1937 bedeutet; sie begreift aber wohl das fürchterliche „eiserne Tabu“ dieser Gesellschaft, dass man nicht alles sagen und fragen darf – es verschwinden über Nacht zu viele Freunde. Erst während des Geschichtsstudiums an der Moskauer Universität erahnt sie das alles, als sie an sich selbst erfahren muss, dass eigene Meinungen oder gar Ver-



gleiche von Ideal und Wirklichkeit offiziell unerwünscht sind.

Bruder Wolfgang macht seine Karriere in der DDR. Aber der jüngere Bruder Rolf scheint das Trauma enttäuschter Hoffnungen nie ganz überwunden zu haben, er wurde in der DDR sogar wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verurteilt und dann in die BRD abgeschoben. Nein, die Kinder deutscher Kommunisten hatten es zu Lebzeiten Stalins im „Mutterland der Werktätigen“ ganz gewiss nicht einfach.

Ein Lebensbild, dem man viele Leser wünschen möchte.

• ERHARD HEXELSCHEIDER

Waltraut Schälike. „Ich wollte keine Deutsche sein“. Berlin – Wedding – Hotel „Lux“ – Dietz Verlag. Hrsg. von Frank Preiß. Karl Dietz Verlag Berlin 2006. 343 S., 24,90 Euro.

Bücher haben Ehrgefühl. Wenn man sie verleiht, kommen sie nicht mehr zurück.

Theodor Fontane

*

Freunde sind Leute, die meine Bücher entleihen und nasse Gläser draufstellen.

Edwin Arlington Robinson

Abrechnung mit falschen Helden

Es ist nicht nur der ruhig dahingleitende und glitzernde Erzählfluss, der überzeugt, sondern auch der Standpunkt, von dem aus die Biegungen und Strömungen im Nachkriegs-Italien, genauer, im Nachkriegs-Rom, geschildert werden.

Römer, Alliierte, Glücksucher, Hungernde, Reaktionäre – sie tummeln sich und werden von einem jungen aufstrebenden Redakteur beobachtet, der sich durch diese aufwühlende Zeit treiben lässt.

Carlo Levi (1902–1975), Antifaschist, Widerstandskämpfer, Maler, Journalist, beschreibt die Mechanismen der Macht. Es gibt Sätze, die auf Plakate gedruckt werden könnten: „Am Anfang wollten wir die Weltrevolution, dann haben wir uns mit der Revolution in Italien begnügt, dann mit ein paar Reformen, dann damit, in der Regierung zu sitzen, und schließlich damit, rausgeschmissen zu werden.“

Carlo Levi: *Die Uhr. Aufbau Verlag Berlin*, 488 S., 24,90 Euro. • D. M.

Die Macht und die Architektur

Architektur ist Macht. Die Mächtigen bauen, weil eben Mächtige bauen – stellt Deyan Sudjic in seinem feuilletonistischen Buch über Monumente der Macht, über den Architekturkomplex fest, dem alle erlegen sind, von Hitler, Stalin und Mussolini bis Tony Blair oder Francois Mitterand. Sudjic spürt auf, was die Mächtigen und Reichen – unserer beiden aktuellen Jahrhunderte – motiviert, sich Paläste, Mausoleen, Moscheen und Museen errichten zu lassen. Manchmal aber lugt politische Überheblichkeit aus allen Zeilen, wie im Anfangskapitel über sowjetische Bauten. Zudem fragt man sich: War der Mann je in Moskau?

Mit intimen Details gewürzt, lockt er den Leser ins Reich von Architekten wie Albert Speer, Le Corbusier oder Norman Foster. Und fragt, was sie reizt, dieses Spiel von Macht und Architektur mitzuspielen, ja manchmal gera-

dezu als Hofarchitekten zu agieren, wie Wallace Harrison, der nicht nur das CIA-Gebäude in Langley baute, sondern fast sein ganzes Arbeitsleben den Rockefeller diente.

„Bauen ist nicht nur das Bereitstellen eines Daches über dem Kopf oder einer modernen Infrastruktur für einen Staat ... Es ist ein Mittel, um das menschliche Ego auf die Größe einer Landschaft, einer Stadt oder einer Nation aufzublasen.“ Gewiss. Was Sudjic aber zum Beispiel über den Berliner Palast der Republik von sich gibt, ist wieder eher von ideologischen Scheuklappen geprägt als von der Bedeutung dieses Kulturbaus der europäischen Spitzenklasse. Aber dass das neue Berliner Zentrum nun besser ist, weil es ein „Erzeugnis einer Gruppe von Bauherren“ ist, „die von Sony und Mercedes finanziert werden“, das findet Sudjic auch nicht. Jedenfalls schreibt er sich –



ansonsten unter anderem Architekturkritiker beim *Observer* – locker rund um die Welt und hat allerhand Vorder- und erst recht Hintergründiges zu bieten (und manchmal auch von schierer Oberflächlichkeit Getriebenes: Kaltenbrunner zum Beispiel war nie Wehrmachtsgeneral, sondern der in Nürnberg zum Tode verurteilte Chef des Reichssicherheitshauptamtes). Flott geschrieben, zu flott ...

• M. WARTELSTEINER

Deyan Sudjic. *Der Architekturkomplex – Monumente der Macht*. Artemis & Winkler Verlag, Düsseldorf 2006. 370 S., 29,90 Euro

Soziale Kälte im Lande

Nadja Klinger und Jens König schrieben Porträts über Menschen, die – im reichsten Land der EU – von der Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes einfach abgehängt wurden. Eine Zustandsbeschreibung, die sich dank der Regierungspläne noch verschlimmern wird. Doch bereits heute ist die Schere zwischen arbeitslose Facharbeiter oder der gescheiterte Unternehmer. Elf Millionen Bundesbürger

sind arm oder von Armut bedroht. Sieben Millionen existieren mit Sozialhilfe. Mehr als fünf Millionen Bürger im Lande haben keine Arbeit. Dazu gibt es drei Millionen Haushalte in der Bundesrepublik, die praktisch zahlungsunfähig sind.

Die Autoren haben sich von West nach Ost auf Spurensuche durch die Bundesrepublik begeben. Sie stellen fest, dass die alten Klassegegensätze zurückkehren. Die Frage ist, waren sie in der alten BRD je verschwunden?

• KARL-H. WALLOCH

Nadja Klinger / Jens König: *Einfach abgehängt*. Rowohlt Berlin 2006. 256 S., 14,80 Euro

„Die Fortsetzung der Fußball-WM mit den Mitteln der Literatur“, so beschreibt der Eulenspiegelverlag ein „Nachspiel“, in dem 32 Autoren alle 32 Mannschaften und eine Weltmeisterschaft aufs Korn nehmen. Parodieren stand dabei an erster Stelle, verbale Fouls wurden nicht geahnt und fussballerische Kenntnisse spielten eine marginale Rolle. Jede Partie wurde logischerweise nicht nur von zwei Teams bestritten, sondern auch von zwei Autoren beschrieben. Wer also am Ball bleiben will ...

Der Ball ist aus. Hrsg. von Christof Meueler, Torsten Schulz, Frank Willmann. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2006. 192, S., 9,90 Euro

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren verstorben

Max Hodann

1894–1946

Max Hodann war sozusagen der erste Sexualaufklärer der proletarischen Bewegung. 1928 kam es sogar zu einem Prozess gegen ihn und seinen Verleger Karl Dietz um das Verbot seines Buches *Geschlecht und Liebe*, in dem er für die Abschaffung des § 218 eintrat.

Hodann, am 4. August 1894 in Neisse (Schlesien) geboren, besuchte in Berlin das humanistische Gymnasium, wo er sich mit Karl Kautskys Sohn Benedikt anfreundete. Im Hause Kautsky lernte er bekannte Sozialdemokraten kennen und erlebte Streitgespräche, unter anderem zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky.

Während seines Medizinstudiums trat Max Hodann der Freideutschen Jugend bei und verfasste an die Jugend gerichtete antimilitaristische Schriften. Enttäuscht über die politische Abstinenz der Freideutschen Jugend, wurde er 1918 – inspiriert durch die russische Oktoberrevolution – Mitbegründer des Internationalen Jugendbundes. Anfang November 1918 desertierte er vom Militärdienst und trat in Berlin dem Arbeiter- und Soldatenrat bei, der ihn mit der Organisation der politischen Bildungsarbeit beauftragte.

1919 promovierte Hodann zu Problemen der Sozialmedizin, erhielt 1922 eine Stelle als Stadtarzt in Berlin-Reinickendorf und leitete zeitweilig eine Ehe- und Sexualberatungsstelle. Mehrere von ihm verfasste sozialpädagogische Bücher stießen auf offene Ablehnung vom Ständedünkel geprägter Ärzte. 1930 erschien sein Buch *Die Sowjetunion. Gestern – Heute – Morgen*, das, weil es trotz aller Sympathie auch Kritik enthielt, seitens der KPD scharf angegriffen wurde.

Unmittelbar nach dem Reichstagsbrandprozess inhaftiert, gelang es Hodann nach seiner Entlassung im November 1933 in die Schweiz zu fliehen. 1937 schloss er sich als Arzt den Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg an. Nach deren Niederlage emigrierte er nach Schweden, wo er zum Kreis antifaschistischer Intellektueller um Bert Brecht gehörte und Vorsitzender des Freien Deutschen Kulturbundes wurde. Da er wegen seiner Vorstellungen von einem demokratischen Sozialismus in Auseinandersetzung mit kommunistischen Immigranten geriet, trat er als Vorsitzender zurück.

Peter Weiss setzte ihm in seinem Hauptwerk *Die Ästhetik des Widerstands* ein bleibendes ehrenvolles literarisches Denkmal.

Am 17. Dezember 1946 starb Max Hodann in Stockholm.

• KURT SCHNEIDER

Das „Verbrechen“ des Carl v. Ossietzky

Vor 75 Jahren: Der Weltbühnen-Prozess in Leipzig

Vor 75 Jahren fiel der 1. Dezember auf einen Dienstag. Jeweils am zweiten Tag der Woche, also auch an diesem Dienstag, lag an den Zeitungs-Kiosken die neue Ausgabe der *Wochenschrift für Politik/Kunst/Wirtschaft* die *Weltbühne*. Wie so oft, so wurde auch diese Ausgabe mit einem Artikel ihres Chefredakteurs Carl v. Ossietzky eingeleitet. *Der Weltbühnen-Prozess* war er überschrieben, und was es damit auf sich hat, schildert der Autor:

„Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat am 23. November den Schriftsteller Walter Kreiser und mich als verantwortlichen Leiter der „Weltbühne“ zu einer Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren verurteilt wegen Verbrechens gegen § 1 Absatz 2 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse. Gegenstand der Anklage war der Artikel Kreisers vom 12. März 1929 „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“. Zwischen dem Verbrechen und der Sühne liegt also ein Zeitraum von zweieinhalb Jahren. In dieser Zeit ist das Heft mit dem landesverräterischen Artikel nicht einen Tag beschlagnahmt gewesen. In dieser Zeit hielt sich Kreiser, gelernter Flugzeugtechniker und Konstrukteur, beinahe ein Jahr in Amerika auf, um in Philadelphia für die Pennsylvania Aircraft Syndicate zu arbeiten. In dieser Zeit hat Kreiser unserm Anwalt Alfred Apfel jede Adressenänderung mitgeteilt und ist schließlich in dem heitern, aber unangebrachten Vertrauen zurückgekehrt, daß vor der Sagazität (=



Carl v. Ossietzky vor dem Haftantritt am 10. Mai 1932

Foto aus: Elke Suhr, *Carl von Ossietzky. München 1989*

Scharfsinn – d. Red.) des höchsten Gerichts die Anklage wie eine Seifenblase zerplatzen würde.

Diese frohe Gewißheit habe ich niemals geteilt, wenn ich auch diesen Ausgang nicht für denkbar halten konnte. Ich weiß, daß jeder Journalist, der sich kritisch mit der Reichswehr beschäftigt, ein Landesverratsverfahren zu gewärtigen hat; das ist ein natürliches Berufsrisiko. Dennoch war diesmal für eine reizvolle Abwechslung gesorgt: wir verließen den Saal nicht als Landesverräter, sondern als Spione.“ Ossietzky und Kreiser betreten das Gericht als Landesverräter und verließen es als Spione? Wie das? Ganz einfach. Der Vierte Strafsenat wollte keine Öffentlichkeit, die aber hätte es in einem Landesverratsprozess gegeben. Auch wäre es dann den

Angeklagten möglich gewesen, nach dem Prozess darüber zu sprechen. Also ändert man flugs zu Beginn der Verhandlung den Staftsbestand in Spionage, der schloss die Öffentlichkeit aus und legte den Prozessbeteiligten absolute Schweigepflicht auf. „Wie unwirklich ist überhaupt das Ganze“, kommentiert Carl v. Ossietzky die so entstandene Atmosphäre während der Verhandlung. „Der große Saal mit zwei Emporen liegt leer da und verdämmert langsam. Die paar Mitspieler sitzen vorn zusammengedrängt, die Stimmen verhallen im Riesenraum ... Durch die hohen bunten Glasscheiben, die mit allegorischen Damen mehr als besetzt sind, fällt mit dem sinkenden Tag ein grünliches Licht und liegt wie Patina auf den roten Talaren.“ Welches Geheimnis hatte der

Kreiser-Artikel in der *Weltbühne* eigentlich verraten? Lesen wir nochmals in Ossietzkys Artikel: „Der Artikel Kreisers befaßte sich mit Bedenklichem aus dem Luftfahrtetat (*der Reichsregierung – d. Red.*), er behandelte ... zum Schluß ganz episodisch eine militärische Spielerei, die bereits durch eine Reichstagsdrucksache den politisch Interessierten zugänglich war.“

Die Reichswehrführung wollte dennoch eine Verurteilung, und die Reichsgerichtsräte um den windigen Vorsitzenden Baumgarten erfüllten den Wunsch. Und sie wollten vor allem ihren Kritiker Ossietzky im Gefängnis sehen. Folgerichtig lehnte dann auch Reichspräsident Hindenburg ein Gnadengesuch der Anwälte ab. Am 10. Mai 1932 schlossen sich hinter Ossietzky die Tore des Gefängnis Tegel. Über hundert Persönlichkeiten begleiteten ihn trotz Versammlungsverbot auf diesem Weg. Eine Weihnachtsamnestie brachte ihm zwei Tage vor dem Fest die vorläufige Freiheit. Sie endete bereits wieder in der Nacht des Reichstagsbrandes. Ossietzky gehörte zu den ersten Opfern des faschistischen Terrors. Todkrank wurde er 1936 aus dem KZ Esterwegen in ein Berliner Krankenhaus eingewiesen. Den ihm im gleichen Jahr verliehenen Friedensnobelpreis durfte er nicht entgegennehmen. Von Tuberkulose gezeichnet, starb Carl v. Ossietzky am 4. Mai 1938.

Ein von der Tochter angestrebtes Wiederaufnahmeverfahren hat vor einigen Jahren der Bundesgerichtshof abgelehnt. Für die deutsche Justiz war und bleibt Carl v. Ossietzky ein Landesverräter und Spion. •-MUND

Hans Beimler



An der Bahre Hans Beimlers in Madrid. Foto aus dem Beiheft zur CD Ernst Busch: „Spanien 1936–1939“

„Am 30. November hatte man mir gerade etwas zu essen gebracht, als ein Läufer hereingestürzt kam: ‚Beimler soll tot sein!‘ Ich legte den Löffel zur Seite. Ich war sehr bestürzt, daß der so gerade denkende Beimler gefallen wäre.

Nach einiger Zeit erfuhr ich Genaueres: Richard, der vorläufige Führer des Bataillons Thälmann, war mit den beiden Politikommissaren Beimler und Louis Schuster nahe dem Gehöft Palacete vorgekrochen, als zwei Schüsse fielen.

Beimler soll ‚Rot Front!‘ gerufen haben und regte sich nicht mehr. Aber auch der gute, milde Louis Schuster war gefallen. Mit ihm hatte mich eine richtige Freundschaft verbunden.

Zu den Begräbnisfeierlichkeiten für Beimler ging Hans Kahle, während ich im Stabe blieb. Madrid hat Beimler eine gewaltige Totenehrung bereitet. Er war der erste Politikommissar, der fiel, der politische Leiter aller deutschen Freiwilligen in Spanien.“

So schildert Ludwig Renn in seinem Spanienbuch, wie er von dem tragischen Tod Hans Beimlers vor Madrid erfuhr. Seit August 1936 befand sich Beimler in Spanien. Seine Partei, die KPD, hatte ihn mit dem Auftrag über die Pyrenäen geschickt, politische Arbeit unter den deutschen Antifaschisten zu leisten, die der spanischen Republik zur Hilfe geeilt waren. Da der politisch erfahrene Metallarbeiter über militärische Kenntnisse verfügte – gewonnen als Matrose im ersten Weltkrieg sowie in den Kämpfen bei der Verteidigung der Bayrischen Räterepublik – übernahm er nach Aufstellung des Thälmann-Bataillons darin die Funktion des politischen Kommissars. Der Tod des bekannten und geachteten Politikommissars am 1. Dezember 1936 (im Datum irrte Ludwig

Renns Erinnerung) wurde weithin unter den Interbrigadisten als schmerzlicher Verlust empfunden.

Es blieb antikommunistischen Kräften überlassen, zwanzig Jahre nach dem Tod Hans Beimlers und Louis Schusters die infame Lüge in die Welt zu setzen, dass sie nicht durch die Kugeln eines faschistischen Scharfschützen gefallen sind, sondern von ihrem Genossen Richard Staimer im Auftrag des sowjetischen Geheimdienstes GPU erschossen worden seien. Obwohl für diese Verleumdung auch nach Öffnung der entsprechenden Archive in Moskau keinerlei Beweise gefunden wurden, wird sie auch heute noch von militanten Antikommunisten immer wieder aufgewärmt.

• ESCH



Von
**KLAUS
HUHN**

Wenn Sie heute die neue LN in die Hand nehmen und aufschlagen, sind fast auf die Minute genau 50 Jahre vergangen, dass man auf der anderen Seite der Erdkugel einen 20-jährigen Berliner durch einen Kellergang zum Boxing des West Melbourne Stadion führte und der Sprecher – ohne die Kabaretteinlagen der heutigen Ringansager – das Olympiafinale im Bantamgewicht ansagte: Soon-Chun Song (Korea) gegen Wolfgang Behrendt (Deutschland). In Behrendts Ecke spülte Erich Sonnenberg noch einmal den Mundschutz seines Schützlings, aus der gegenüberliegenden Ecke kam der Koreaner mit versteinerten Miene zur Ringmitte, wo beide die üblichen Sprüche des Ringrichters kaum wahrnahmen – weil sie mit ihren Gedanken schon mitten im Kampf waren –, und dann ertönte der erste Gong.

Ich weiß, dass ich keine Neuigkeiten mitteile. Viele wissen, dass Behrendt am Ende des Kampfes der erste DDR-Olympiasieger war, und wenn ich heute daran erinnere, sollte man mir weder Ostalgie noch Nostalgie anlasten. Ich bin promovierter Sporthistoriker und habe gegenüber anderen den Vorteil, mich nicht auf „Quellen“ stützen zu müssen, sondern mich selbst als Zeugen aufrufen zu können. Ich saß an jenem Abend am Ring und hatte auch miterlebt, was sich zuvor zugetragen hatte. Im DDR-Boxertrio hatte es Probleme gegeben. Nicht mit dem Hallenser Federgewichtler Bernhard Schröter, der das Pech hatte, im zweiten Kampf auf den Finnen Hämäläinen und damit einen der Favoriten zu treffen. Schröter schied aus und sah fortan seine Aufgabe darin, sich nützlich zu machen und Trainer Sonnenberg zu helfen. Der hatte nun noch zwei Eisen im Feuer. Den mit viel Vorschusslorbeeren nach Melbourne gereisten Halbschwergewichtler Ulli Nitzschke und den „nobody“ Behrendt. Der selbstbewusste Nitzschke ge-

noss das für einen DDR-Bürger zugegebenermaßen attraktive Angebot im Speisesaal des Olympischen Dorfes und ließ sich dabei nicht bremsen. Dass die Waage für ihn schon bald nicht mehr Halbschwergewicht anzeigte, störte ihn wenig, da er wusste, dass die gemeinsame Olympiamannschaft beider deutscher Staaten keinen Schwergewichtler nominiert hatte und er also auch im Schwergewicht starten konnte. Nach wenigen Tagen erfolgte die „Ummeldung“. Dass die Chancen eines Halbschwergewichtlers im Schwergewicht nicht steigen, wollte er nicht einsehen, im Gegenteil, sein Selbstbewusstsein nahm noch zu und er ließ sich nicht davon abbringen, die Unterhaltungsmöglichkeiten, die das Olympische Dorf und seine Umgebung boten,

Sportkolumne Damals in Melbourne

wahrzunehmen. Erich Sonnenberg, mit dem ich gut befreundet war, klagte mir eines Abends sein Leid: „*Ich stehe vor der Wahl: Kümmere ich mich um Nitzschke und ziehe mit ihm abends los oder um Behrendt, der aber dann den Eindruck gewinnen könnte, Nitzschke steht mir näher. Ich habe mich für Behrendt entschieden.*“

Es war die richtige Entscheidung gewesen, wie der Abend vor 50 Jahren bewies. Übrigens in mehrfacher Hinsicht, denn Nitzschke verlor zwar seinen ersten Kampf in Melbourne mehr als knapp, aber bald nach der Rückkehr vom fünften Kontinent zog er westwärts, wo er als Profi in den Ring stieg, erst zu gefeierten Erfolgen kam – auch weil ihn die für ihn ausgesuchten Gegner vor nicht allzu harte Aufgaben stellten –, aber eines Tages nicht mehr der strahlende Sieger war, weil ihn die Manager als „Aufbauegner“ für andere verwendeten. Mit Behrendt feierten wir unlängst seinen 70. Geburtstag, und es war eine stattliche Runde, die sich da versammelte. Da er viele Jahre als Sportfotograf in der ND-Sportredaktion tätig war, die ich leitete, reisten wir

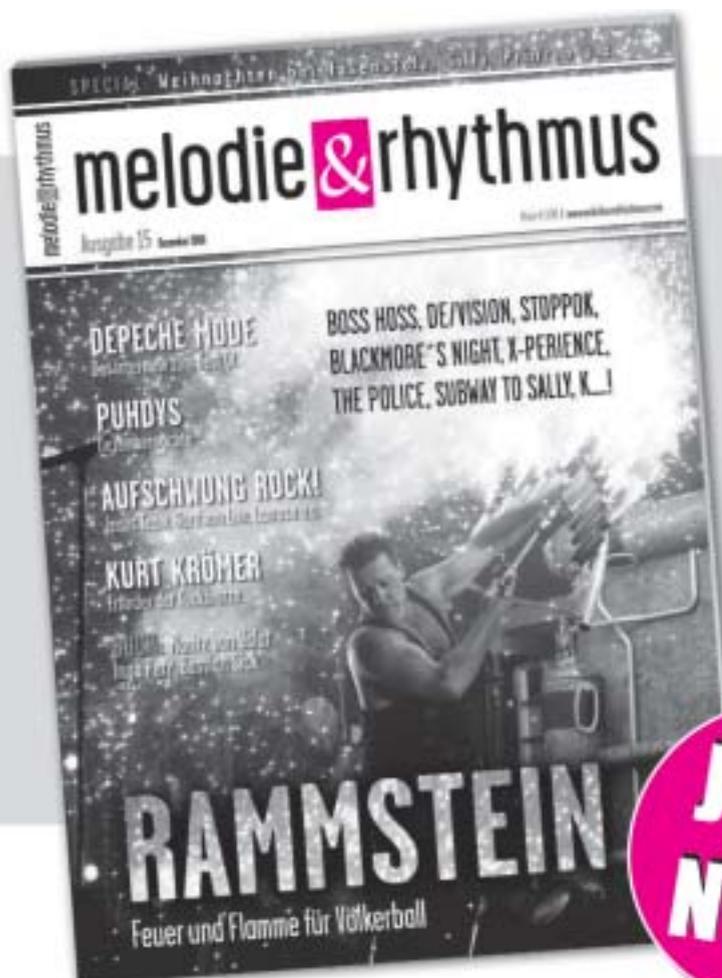
auch lange Jahre gemeinsam um die Welt, kamen eines Tages auch wieder nach Melbourne und trafen bei den Olympischen Spielen in Seoul 1988 auch Soon-Chun Song wieder. Die beiden feierten ein herzliches Wiedersehen, das auch nicht dadurch getrübt wurde, dass der Südkoreaner 32 Jahre nach dem Kampf immer noch der Meinung war, Behrendt habe zu Unrecht gewonnen. Um die Erinnerung abzurunden: Noch heute werden tausende Euro für „Forschungsvorhaben“ ausgegeben, mit denen „Geschichte“ „aufgearbeitet“ werden soll, und bei den Resultaten – wem erzähle ich das? – kommt die DDR nie gut weg. Wir haben nämlich damals überhaupt nur Sport getrieben, um politisches Ansehen auf diesem „Umweg“ zu sichern, und haben unsere Athleten auch brutal von den BRD-Athleten abgeschottet. Wird behauptet.

Bleiben wir beim Beispiel Melbourne. Als 1955 in Paris über den Vorschlag des IOC-Präsidenten, eine gemeinsame Mannschaft beider deutscher Staaten für Melbourne zu bilden, abgestimmt wurde, votierte die BRD dagegen!

Und: Nach endlosen Querelen um die Formation der deutschen Frauensprintstaffel waren drei DDR-Sprinterinnen (Birkemeyer, Stubnick, Maier) und Erika Fisch aus der BRD nominiert worden. Damit sie wenigstens ein kurzes gemeinsames Training absolvierten, wurde Erika Fisch nach Berlin eingeladen, doch waren 1956 dort die Hotels noch rar. *Neues Deutschland* – wenn's recht ist – stellte ein Bett in seinem Gästehaus in Karolinenhof zur Verfügung und dort servierte man der sympathischen Erika nicht nur eine Tasse Kaffee zum Frühstück. Die Mädchen flogen gemeinsam nach Melbourne und Erika zog mit den drei anderen im Olympischen Dorf zusammen. Auf Weisung der bundesdeutschen Mannschaftsleitung musste sie ausziehen.

Soviel zur Gemeinsamkeit. Und weil dieser Tage auch die MfS-Überprüfungsfrist verlängert wurde, möchte ich noch hinzufügen: In Melbourne warb mich der BND an: Ich sollte „Dossiers“ über die DDR-Athleten liefern. (Wer gerne mal fremd ging, wer rauchte, wer trank ...). Als die Dame, die mich „führen“ wollte, allerdings erfuhr, dass ich beim ND zum „harten Kern“ gezählt wurde, verzichtete sie auf meine Dienste.

Und sollte mich noch jemand fragen wollen, warum ich nichts zum Axel-Schulz-Kampf geschrieben habe, antworte ich: Weil ich mich vornehmlich mit Sport befasse ...



**JETZT
AM KIOSK
ODER BEQUEM IM PROBEABO
01805 / 917 917**

(0,12 €/min)

www.melodieundrhythmus.com

**Jetzt
NEU!!**

Religion und Gewalt

Der Vorwurf an Muslime, der Islam sei eine Religion der Gewalt, wird zum Dauerthema in manchen deutschen Medien und den Reden einiger Politiker. George Bush erfand gar den Begriff des „Islamofaschismus“, um die „Koalition gegen den Terrorismus“ in eine Art Antihitlerkoalition umzufälschen. Es scheint so, dass die lautesten Schreier weder den Koran gelesen haben, noch die Geschichte des Islam kennen. Da postulierte Bischof Huber in einer Rede in der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Keine Religion hat das Recht zur Gewalt“. Da Christen gehalten sind, den Balken im eigenen Auge zu sehen, ehe sie auf den Splitter im Auge des anderen verweisen, darf gefragt werden: Verurteilen die Bischöfe beider Konfessionen den militärischen Einsatz der Bundeswehr am „Hindukusch“? Erinnern sie ihre Gläubigen an die (biblische) Eppelmann-Lösung aus DDR-Zeiten „Frieden schaffen ohne Waffen“? (Die „entschärfte“ Variante Helmut Kohls hieß „Frieden schaffen mit weniger Waffen“.) Hat sich der Bibeltext geändert? Haben deutsche Bischöfe George Bush verurteilt, der sich bei „seinen“ Kriegen auf Gottes Willen und Ratschläge aus dem Vatikan beruft? Bleiben die USA immer noch „God's own country“? Wie lange noch segnen Militärfarrer blutige völkerrechtswidrige Kriege?

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Eindrucksvoll – die erste Folge der neuen ZDF-Serie „Die großen Diktatoren“ über Hitler. Aussagekräftig wurde in Bild und Wort über die so folgenschwere Diktatur berichtet, über Hitler und den ihn umgebenden Naziklüngel. Einiges über Entstehung, Aufstieg und Funktionieren dieses totalitären Regimes blieb jedoch an der Oberfläche.

Es wird der Eindruck vermittelt, dass Hitler quasi aus den Unzulänglichkeiten der Weimarer Republik hervorging und sich das deutsche Volk nach der Machtübernahme verführen ließ und somit schlechthin die Schuld an Nazityrannei und Zweitem Weltkrieg entscheidend mittrug. In Wirklichkeit konnte Hitler nur ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gelangen und aufwändige Wahlkampagnen betreiben,

Links“ ist zunächst nach dem bisher üblichen Sprachgebrauch nur die Gegenseite von „Rechts“. Die Parteien haben sich bisher nach ihren politischen Zielen benannt, wie zum Beispiel: CDU – Christlich Demokratische Union; SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands; PDS – Partei des demokratischen Sozialismus.

„Die Linke“ soll offenbar das Gegenstück zu den „Rechten“ sein. Wer sind aber „die Rechten“? Die Konservativen? Schon da wird es schwierig diese Frage zu beantworten!

Zunächst ist sprachlich das Wort „Rechts“ viel positiver belegt, als das Wort „Links“. Sprachlich ist „Rechts“ gekoppelt mit den Wör-

Zur ersten Folge der ZDF-Serie „Die großen Diktatoren“

Entscheidendes einfach weglassen, ist auch bloß gelogen

weil ihm die Gelder mächtiger Sponsoren aus der Hochfinanz und den Industriekonzerne zuflossen. So konnten auch die zahlreichen sogenannten Gliederungen der NSDAP, namentlich die SA, formiert werden. Aufrüstung und Krieg waren nur möglich, weil das deutschen Monopolkapital voll auf Hitler und seine „Neuordnung Europas“ setzte. Hitler allein konnte keine Waffen und Munition produzieren. In den genannten Kräften bestand das maßgebliche Hinterland für Nazitotalitarismus und Vernichtungskrieg. Im ZDF-Film bleibt dieser fun-

damentale Umstand unerwähnt. Der Schrecken von Auschwitz wird nachhaltig ins Bild gesetzt. Über das IG-Farben-Zyklon B und die brutalste Ausbeutung der Häftlinge durch deutsche Konzerne hört man keine Silbe. Im ZDF-Film wird zur Invasion in der Normandie am 6. Juni 1944 ausgeführt, das sei der Anfang vom Ende Hitlerdeutschlands gewesen. Ohne dieses bedeutende Militärunternehmen zu unterschätzen, ist darauf zu verweisen, dass der Anfang vom Ende des Hitlerreiches viel früher gelegen hat. Vor der Landung in der Normandie war

1942/43 bei Stalingrad und 1943 im Kursker Bogen der Hitlerwehrrnacht längst das Genick gebrochen worden, und zwar durch die Sowjetarmee. Seit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 standen stets mehr als die Hälfte aller deutschen Truppen – es waren die kampfkraftigsten – an der Ostfront. Die übrigen Verbände waren über die anderen Kriegsschauplätze verteilt: in Westeuropa, in Italien, auf dem Balkan, in Norwegen und Dänemark.

WINFRIED STEFFEN,
TREBNITZ

Ist der Name „Die Linke“ glücklich gewählt?

tern „Das Recht“, „Recht haben“, „im Recht sein“, „Gerechtigkeit“, „richtig“, „das Richtige“ usw.

Im Russischen beispielsweise ist diese Bindung vieler Begriffe an das Wort „rechts“ ganz ähnlich. In anderen Sprachen, wie zum Beispiel im Französischen, so habe ich mir sagen lassen, ist es ebenso.

Welche politische Aussage wird an das Wort „Die Linke“ geknüpft? Sie sei nur gegen Alles was von rechts kommt? Gegen das Recht, gegen Ge-

rechtigkeit, gegen das Richtige? Offensichtlich nicht. Wofür ist dann „die Linke“?

Der bisherige Name der WASG ist noch unbestimmter: „Wahlalternative“ – soll das heißen, es wird eine Alternative zur Wahl, also die „Nichtwahl“ gefordert? Es wird eine Alternative zur gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gefordert, wie soll diese denn aussehen? Soll es soziale Gerechtigkeit sein? Wie sieht diese denn aus? „Was ist eigentlich Gerechtigkeit?“ lautet

die Überschrift eines Beitrages von Ulrike Henning im *Neuen Deutschland* vom 4./5. November 2006. Eine Antwort darauf, was Gerechtigkeit ist, konnte die Autorin nicht geben, noch weniger, was „soziale Gerechtigkeit“ ist. Wäre es nicht günstiger, der neu zu bildenden Partei einen politischen Namen zu geben und nicht den Namen einer Seite?

EVA MÜLLER, TAUCHA

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

DA DER WINTER NAHT und der Wanderer einige Not mit seiner Gesundheit hat, ward ihm verordnet, seine Ausflüge zu reduzieren. Damit wird LN leben können. Nicht, dass ich meinen Abschied nehme, aber der Radius wird enger werden und es kann auch mal passieren, dass mein Platz von einem anderen klugen Schreiber genutzt wird.

DIESER TAGE MACHTEN WIR UNS auf den Weg nach Heiligendamm. Bevor sich dort die mächtigsten Männer der Welt versammeln, wollten wir noch einen Wandererblick auf die Stätte werfen, um hinterher sagen zu können: „Kenn was, warn wa ooch schon!“ Dass sie allen Ernstes dort einen Zaun errichten, der 14 km lang sein soll, hat sich schon herumgesprochen. Gerüchte munkeln, dass der stehen bleiben soll, wenn die „Großen“ wieder abgereist sind, denn das würde die idealen Bedingungen für die künftigen Gäste sichern. Denkbare Werbebotschaft: „Gesichert wie ein Präsident!“ Aber auch anderes drang an unser Ohr: In Bad Doberan wird das Krankenhaus „personell aufgestockt“. Vorsichtshalber verbreitete man die ein wenig absurde Variante des Hospital-Verwaltungschefs: „... geht davon aus, dass eher Patienten mit Alltagskrankheiten den Weg in das Bad Doberaner Krankenhaus finden, als solche mit Verletzungen nach gewalttätigen Auseinandersetzungen.“ Und dann war die Rede von überfüllten Zeltplätzen, auf denen Durchfall auftreten könnte. Leute, könnt ihr nicht Klartext reden? Tatsache ist, dass man nicht nur mit den hohen Damen und Herren rechnet, sondern auch mit Demonstranten, und mit denen geht die Polizei, die in Divisionsstärke anrücken wird, bekanntlich nicht immer allzu sanft um. Und manche landen danach im Krankenhaus. Und nur deshalb werden jetzt dort mehr Betten aufgestellt und Ärzte angeheuert.

Rotstift, wohin man auch kommt

Offen ist übrigens noch, wer die Kosten für die „Aufstockung“ trägt. Einer, der sich damit befasste, mal einen groben „Kostenvoranschlag“ zu Papier zu bringen, schrieb nicht nur Mullbinden, Pflaster und Arzthonorare auf, sondern auch „nachfolgende Gerichtsverfahren“. Na denn – viel Spaß beim Gipfel der „Zaunkönige.“

IN BAD SALZUNGEN sahen wir Bettlaken an einem Hausgiebel hängen. Und Frauen erzählten uns hinter vorgehaltener Hand, wie kompliziert es war, die überhaupt aufzutreiben. Denn: Gehandelt werden heute nur noch Spannbetttücher und die eignen sich nicht für Transparente. Denn ein Transparent sollte es sein, was zwei Frauen in der Straße der Einheit vom Balkon hängen wollten, weithin sichtbar: „Herzlich willkommen zu Hause!“ Die eine meinte ihren Bruder, die andere ihren Mann – beide sind in Afghanistan und werden sehnsüchtig und vor allem wohlaufernd erwartet. Der Bruder soll inzwischen schon angekommen sein, der Mann hoffentlich auch, denn es sind ja schon ein paar Tage her, dass wir durch Bad Salzungen zogen. Es gibt sicher viele landauf landab, die gerne Tücher in die Fenster hängen würden mit einem „Willkommen!“ In Berlin reden sie inzwischen darüber, ob man Verstärkungen schickt und basteln dabei an Formulierungen, die überzeugen sollen. Nach dem, was man uns in Bad Salzungen erzählte, sind die Chancen nicht sehr groß, dass eine solche Entscheidung Beifall finden wird.

EIN STÜCK WEITER, rund um Hildburghausen hat man ganz andere Sorgen, aber die sind auch nicht mit ein paar Reden aus der Welt zu schaffen. Im Thüringer Wald werden die Schulen rar: Die in Masserberg, Hintennah und Gießbübel werden demnächst geschlossen. Der zuständige Beigeordnete des Landkreises soll in einer Zusam-

menkunft gesagt haben: Man muss sich den Realitäten stellen und Nägel mit Köpfen machen. Und dann sagte er wohl auch noch: „Es geht nicht um Ortsnähe oder kurze Wege, es geht um die Kosten“ und irgendwann soll er wohl auch noch versichert haben, dass es um „Inhalte“ geht. In einer Schenke hörten wir Väter schimpfen und hatten Verständnis für sie. Die Kinder sind nun mal da und sollten eine Schule besuchen können, ohne endlose Anfahrtswege absolvieren zu müssen.

Heute agieren die „Kosten“ als Oberlehrer, aber im Unterricht, der bald hinter den nächsten Bergen stattfinden wird, will man den Kindern auch beibringen, wie furchtbar die Zeit war, in der die Schulen am Ende der Straße standen.

IN ILMENAU SUCHTEN wir ein trockenes Plätzchen, denn es goss in Strömen. Aber nicht alle flohen unter die Dächer. Rund 120 Menschen sahen wir durch den Regen ziehen, um zu demonstrieren. Und zwar gegen die Schließung der Geburtshilfe. Wir erinnerten uns, dass man uns zwei Tage zuvor über fehlende Kinder informiert hatte und verstanden den Protest, den übrigens die Linkspartei/PDS initiiert hatte. Auch hier herrschen die „Kosten“.

DA SIND DIE SORGEN IN ZELLA-MEHLIS harmloser. Dort ging es nur um den Skilift am Stachelsrain, der jeden Winter die Kinder begeisterte und nun nicht mehr aufgestellt werden wird. Es heißt, er sei störanfällig, weil zu alt und ein neuer scheitert an den – „Kosten“. Als darüber abgestimmt wurde, sollen sich vier Stadträte der Stimme enthalten haben. Das aber erboste zahlreiche Bürger. Die schrieben wütende Leserbriefe und die Zeitung veröffentlichte sie. Den größten Ärger handelte sich ein FDP-Mann ein, dem als Begründung das Argument eingefallen war, die Kinder sollten sich in Zukunft wieder mehr bewegen. Nun schwor er, dass man ihn missverstanden habe. Vielleicht, vielleicht auch nicht. Mit einem Wort: Die Misere ist groß und die auch noch zu begründen oder gar zu erklären, fällt wohl zuweilen wirklich schwer.

• KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 4. Dezember, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Nachdenken über Hannah Arendt (1906–1975). Das Politikverständnis von Hannah Arendt; Hannah Arendt und Rosa Luxemburg.* Mit Jochen Mattern, Politikwissenschaftler, und Dr. Werner Abel, TU Chemnitz. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 5. Dezember, 18 Uhr, Leipzig
Vernissage zur Fotografie-Ausstellung „Prora – ein ‚Kraft durch Freude‘-Projekt des NS-Regimes“ von Sandra Schubert und Marcel Noack, Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig. Eröffnung und Einführung: Sandra Schubert und Prof. Dr. Werner Bramke. Die Ausstellung ist bis zum 10. 2. 2007 zu besichtigen.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 6. Dezember, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *Patriotismus und Vaterland in Deutschland heute?* Mit Prof. Dr. Siegfried Wollgast, Philosophiehistoriker, Dresden.
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 7. Dezember, 19.15 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Neocons und Feminismus? Neue Herausforderungen für Geschlechterverhältnisse und Geschlechterpolitiken.* Mit Katharina Pühl, M. A., Basel. In Zusammenarbeit mit powi+, Freundeskreis Politikwissenschaft Leipzig, StudentInnenrat Uni Leipzig, Herbert-Wehner-Bildungswerk u. a. Universität Leipzig, Hörsaal Beethovenstr. 15

Dienstag, 12. Dezember, 18 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion: *Wiederkehr der Proletariat – Abschied vom Proletariat? Das Projekt „Klassenanalyse @ BRD“ der Marx-Engels-Stiftung. Vorstellung der bisher erschienenen drei Bände.* Mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam und Dr. Herbert Münchow.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 13. Dezember, 18 Uhr, Leipzig
Zum 150. Todestag Heinrich Heines *Es ist das was wir kritisieren/was wir am meisten lieben.* Buchvorstellung Bernd Rump *Frühlingsmärchen 1983.* Lesung und Gespräch mit Dr. Christel Hartinger und dem Autor Dr. Bernd Rump, Dresden
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 13. Dezember, 18 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion: *Islamischer Fundamentalismus.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt
Rothaus e. V., Lohstr. 2

Mittwoch, 13. Dezember, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *Zum 150. Geburtstag von Sigmund Freud: „Die Stimme der Vernunft ist leise ...“* Mit Prof. Dr. Siegfried Kätzel, Lektor, und Prof. Dr. Walter Friedrich, beide Leipzig
TU Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Donnerstag, 14. Dezember, 18.30 Uhr, Chemnitz
„... Denn alle Kreatur braucht Hilfe“ von allen!“ Ein Brecht-Abend. Mit Mike Melzer
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

„ROTES EIS“

Im Leipziger Naturkundemuseum ist derzeit eine Sonderausstellung zu sehen. Unter dem Titel „Rotes Eis“ wird am Beispiel der kanadischen Robbenjagd gezeigt, mit welcher unbarmherzigen Härte Profitinteressen skrupelloser Pelztierhändler im ewigen Eis durchgesetzt werden. Der Internationale Tierschutz-Fonds Hamburg (IFAW) ist der Initiator dieser Ausstellung.

IFAW-Direktor Dr. Ralf Sonntag erklärte, 95% der getöteten Robben wären noch nicht einmal drei Monate alt, wenn die blutige Schlachtsaison beginnt. 42% der Tiere würden überdies nicht ‚ordnungsgemäß‘ getötet. Z.T. wird ihnen das Fell bei lebendigem Leibe abgezogen! Für einen einmaligen kurzzeitigen Zusatzverdienst von monatlich 600 Euro schlagen staatlich legitimierte Schlächter wie im Bluttausch los. 335 000 Sattelrobber hat Kanadas Regierung für 2006 zum Abschlichten freigegeben – 85 000 Tiere mehr, als zur Aufrechterhaltung des natürlichen Bestands

dieser Population nötig wären. Die Behauptung, die Fischbestände wären von den Robben bedroht, ist dabei wissenschaftlich nicht erwiesen. Vielmehr wird das natürliche Gleichgewicht über längere Zeit massiv gestört, da sich Fischpopulationen entwickeln können, die ihrerseits den übrigen Fischbestand bedrohen, wie z.B. der Raubfisch Kabeljau, der – ohne die Robben als natürlichen Feind – für die Ausrottung von Fischbeständen sorgt.

Die meisten Pelze finden ihren Markt in Russland und China. Die Bundesrepublik Deutschland ist dabei „Durchgangs-Land“ für diese fragliche „Ware“, ihr Umschlagspunkt in alle Welt ist vor allem Hamburg.

Im Ausstellungsraum besteht die Möglichkeit, entweder per Unterschriftenliste oder direkt an die Bundesregierung gerichtet, per E-Mail, gegen diese Barbarei zu protestieren.

Noch bis zum 25. Februar 2007 ist diese Sonderausstellung zu sehen.

• JÖRN F. SCHINKEL

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

7. 12., 19 Uhr, Lesung mit Hans-Dieter Schütt: *Regine Hildebrandt – Ich sehe doch, was hier los ist.* Eintr: 6 Euro, mit Leipzig-Pass 3 Eu.

16. 12., 15 Uhr: *Kinderweihnachtsfeier mit vielen Überraschungen. Die Puppenbühne Schmidt zeigt: „Alarm im Weihnachtswald“*

Deutscher

Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

14. 12., 16.30 Uhr: *Geselliges Beisammensein zur Wintersonnenwende. Rückblick und Ausblick.*

Initiative

Christliche Linke

11. Dezember, 18 Uhr, Gemeindegottesdienst der Nikolaikirche Leipzig: *Weihnachtliches Zusammensein*

Uwe Raab (Weltmeister) und Gainan Saidchushin (Friedensfahrtsieger)

zum ersten Mal im Friedensfahrt-Museum!

Am **2. Dezember 2006** treffen sich Freunde der Friedensfahrt und Fans der Tour de France aus ganz Deutschland zum

4. Tour-Abend um 19 Uhr

im Sportzentrum am Mühlberg in Kleinmühlungen.

Auch Tave Schur, Klaus Ampler, Axel Peschel, Wolfgang Wesemann und Rolf Töpfer sind dabei. Ein bunter Abend rund um den Radsport mit Programm und einer Tombola. Hauptgewinn ist eine Reise zur Tour de France 2007.

Die Veranstaltung ist öffentlich.

Anmeldungen im Friedensfahrt-Museum Kleinmühlungen unter Telefon 039291 73707 oder E-Mail FFSchaefer@aol.com

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

**Wir appellieren
wieder einmal
an Ihre Solidarität**

**mit unserem linken Blatt,
von dem Hans Modrow jüngst in
Leipzig sagte, es sei
das beste in Deutschland.
Selbst wenn dem tatsächlich so wäre:
Damit lassen sich noch keine
Rechnungen bezahlen.**

SPENDEN bitte an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555
92, Kennwort: Spende für LN

**Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...**

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein
Geschenkabonnement ist)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Nackte mit Kater

Wer Anregendes über Nackte, Camper, Indianer, Ausgeflippte und den Alltag in der DDR erfahren möchte, bestelle DAS (alte) MAGAZIN im Lesesaal der Nationalbibliothek und schenke sich die Ausstellung „Die gelenkte Freizeit“ im Foyer des Leipziger Neuen Rathauses (siehe auch LN Seite 5).



Das MAGAZIN war das wohl populärste und sympathischste Monats-Journal der DDR: Obwohl die Auflage – angefangen mit 100 000 Exemplaren für das erste Heft, im Januar 1954 – im Laufe der Jahre ständig gesteigert worden war und Ende 1989 in dem kleinen Land immerhin auf monatlich 570 000 Exemplare stieg, reichte sie niemals aus.

Begehrt und gepriesen zur Wende auch von allerlei westdeutschen Verlagen und Geschäftskunden, die sich um dieses Blatt rissen, weil sie sich nur die Abonnenten unter den Nagel reißen wollten. Der Autor Manfred Gebhardt schrieb dazu in seinem Buch „Die nackte Republik“: *Die Unsicherheit war groß, ‚Das Magazin‘ passte in kein Raster.* Mit gründlich recherchierten Reportagen, guten Fotos, dem erotischen Akt und den entsprechenden Geschichten war es einmalig. Dazu kamen Reportagen, Erzählungen, Kochrezepte, Mode und Möbel-tipps, Satire, Karikaturen, Foto-späße sowie sorgfältig gezeichnete Titel und nicht zuletzt die Gestaltung der Seiten.

Manfred Gebhardt sieht sein „Magazin“ (das dem Vernehmen nach von Bertolt Brecht den Namen erhalten hatte) und seine eigene Geschichte vor allem aus der Rückschau. Dieses leise, humorvolle, ein wenig distanziert und wehmütig geschriebene Buch lädt ein, vor allem eigene Lebens- und Alltagsgeschichten noch einmal Revue pas-

sieren zu lassen. Immer mit der Begleitung dieser rund 80 Seiten pro Ausgabe, die so viele Illustratoren, Fotografen und Redakteure geprägt haben. Als erster in dieser Reihe wird immer wieder Werner Klemke genannt, der im Januar 1955 begonnen hatte, jeden Monat das Titelbild zu gestalten, und der damit das Gesicht der Zeitschrift und den ersten Eindruck bestimmte. 423 „Magazin“-Titel in 36 Jahren. Sein kleiner schwarzer Kater, der immer irgendwo auf dem Titel versteckt war, wurde zum Markenzeichen des „Magazins“. Klemkes Schüler und Freund,



DAS MAGAZIN nahm bis 1989 weit aus mehr DDR-Alltag unter die Lupe, als diese Karikatur von Karl Schrader vermuten lässt.

der Grafiker Axel Bertram, bescheinigte ihm: *Werner Klemke hatte nur ein Thema, dem „Magazin“ angemessen, nämlich Liebe; Liebe himmlisch, Liebe irdisch. Liebe sofort und Liebe ewiglich.* In der Redaktion hieß es: Klemke war eine Sternstunde für die Zeitschrift.

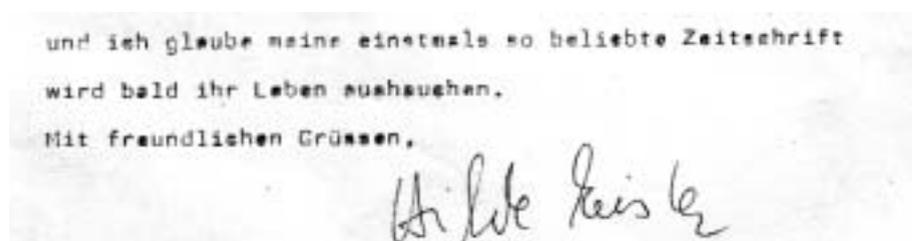
Das „Magazin“ war ein ständiger, souveräner Begleiter der verschiedensten Altersgruppen und -interessen.

Übrigens: Gebhardt war Nachfolger der berühmten Hilde Eisler, die dieses Blatt mit aus der Taufe hob. Der Autor und Publizist Gebhardt schreibt in seinen Erinnerungen: *Hilde Eisler war Jüdin nicht nur nach ihrer Herkunft; sie war es aus Überzeugung. Ihr Judentum bedeutete ihr sehr viel. Eine ihrer Maximen lautete: ‚Wir müssen etwas tun für unsere Leute!‘* So klopfen hervorragende Autoren an die Redaktionstür, die der Zeitschrift zu einer Einmaligkeit in der Presselandschaft der DDR verhalfen. Nach kurzen unstenen Ost-West-Wanderjahren ist es auch heute in neuer und veränderter Aufmachung wieder lesenswert.

• JFS / M. Z.

PS: Der Irrtum einer Chefredakteurin:

Nach einem anregenden und langen Gespräch über die Zukunft des Magazins schrieb mir die langjährige Chefin Hilde Eisler 1991 unter anderem über ihr legendäres Heft ...



• M. Z.

Überwachungs„örtchen“ mit Folgen

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG ließ nicht nur in den Werkstätten und Fluren, sondern auch auf den WC Überwachungskameras installieren. Vom Betriebsrat deswegen verklagt, erklärte sie vor Gericht lapidar: „Bei uns wird niemand ohne Grund überwacht.“ Kurz darauf kursierte im Betrieb, unbekannt von wem herausgegeben, eine Liste mit allen Gehältern, Prämien und Aktienoptionen der Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder. Die Geschäftsführung drohte denjenigen, die diese Liste erstellt hatten, mit Kündigung. Der Betriebsrat erwiderte daraufhin: „Bei uns wird niemand ohne Grund überwacht.“

• NOBERT BÜTTNER

Die LN-Wirtschaftslektion

Die Alternative von Minus-Wachstum ist Plus-Schrumpfen.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

In Neapel leben 15 000 Familien vom Drogenhandel. Die Camorra verdient in diesem Geschäft jährlich sieben Milliarden Euro.

DLF 10. 11.

Viele leiden ja noch unter der Vogelgrippe – ich frage mich nur, wann es endlich mal die Kastelruther Spatzen erwischt.

3sat 13. 11.

In der BRD leiden acht Millionen Menschen an Diabetes.

ZDF 14. 11.

Die Bundesrepublik und andere Staaten schicken Soldaten nach Afghanistan, die praktisch den Mohnanbau bewachen.

3sat 16. 11.

In Afghanistan wurden bis jetzt 82 Milliarden Dollar für militärische Zwecke und sieben Milliarden für den zivilen Aufbau eingesetzt.

ARD 16. 11.

„Prostitution“ sei es, wenn das Gewandhaus an alles und jeden vermietet werde. Ein „Kapitalverbrechen“ nennt Kurt Masur die Gestaltung des Augustusplatzes.

LVZ 16. 11.

Immer mehr deutsche Manager gehen davon aus, dass sie nur

den Interessen der Aktionäre zu dienen haben.

DLF 17. 11.

In China sind in diesem Jahr vier Millionen neue Autos dazugekommen.

ZDF 18. 11.

In der BRD flüchten jedes Jahr rund 45 000 Frauen mit ihren Kindern in Frauenhäuser.

MDR-Fernsehen 19. 11.

Wenn man bedenkt, was sich die USA und Vietnam gegenseitig angetan haben, dann kann man sich nur wundern, wie sie miteinander sprechen.

DLF 19. 11.

In den Schulen bekommen die jungen Leute das Signal, was sie gesellschaftlich zählen.

Prof. Hurrelmann 3sat 20. 11.

Rabatt, Rabatt, das lass dir sagen, wird vorher immer draufgeschlagen.

MDR-Fernsehen 21. 11.

Das Sandmännchen: Pädagogisch wertvoll, gewaltfrei und noch immer ein Dauerbrenner.

Patientenmagazin Uni-Klinikum Leipzig 22/06

• Entdeckt von
MANFRED ERBE

Staatsbürgerkunde

Die Frage ist nicht, ob mehr oder weniger Staat, sondern welcher Staat notwendig ist, um Deutschland voranzubringen.

*

Physikalisch betrachtet gibt es zweierlei Staaten: Die einen erhitzen das Wasser so lange, bis der Kessel explodiert, und die anderen lassen es fließen, bis das Fass überläuft.

• R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. November
Die nächste Ausgabe erscheint am 22. Dezember

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40